

Erläuterungsband

zum Entwurf des
Einzelplans 14
für das Haushaltsjahr 1997



Ministerium für Bauen und Wohnen
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

Elisabethstraße 5-11
40217 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

Telefon: (0211) 38 43 - 0
Durchwahl: 38 43 - 200/201
Telefax (0211) 38 43 - 607

40221 Düsseldorf

Datum 4. September 1996

I B 1 - 2105 (97)

Erläuterungsband zum Entwurf des Einzelplans 14 für das Haushaltsjahr 1997

Anlg.: - 300 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

zur Unterrichtung der Mitglieder des Landtags übersende ich 300 Exemplare des Erläuterungsbandes zum Entwurf des Einzelplans 14 für das Haushaltsjahr 1997.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Vesper

(Dr. Michael Vesper)

Erläuterungsband

**zum Entwurf des
Einzelplans 14
für das Haushaltsjahr 1997**

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	Seite	1
2. Allgemeine Erläuterungen	Seite	1 - 4
Tabelle 1 - Ausgaben des Epl. 14 nach dem Entwurf 1997, unterteilt nach Aufgabenbereichen, im Vergleich zu 1996	Seite	5
Tabelle 2 - Ausgaben des Epl. 14 nach dem Entwurf 1997, unterteilt nach Ausgabearten, im Vergleich zu 1996	Seite	6
Tabelle 3 - Personalsoll	Seite	7
3. Erläuterungen zu Einzelplan 14		
Kapitel 14 010 - Ministerium	Seite	9 - 24
Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen	Seite	25 - 32
Kapitel 14 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	Seite	33 - 34
Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens	Seite	35 - 42
Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus	Seite	43 - 52
Kapitel 14 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau	Seite	53 - 58
Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung	Seite	59 - 84
Kapitel 14 071 - Landesinstitut für Bauwesen	Seite	85 - 100
Kapitel 14 072 - Fortbildungseinrichtung	Seite	101 - 114
Kapitel 14 080 - Staatliche Bauverwaltung - Oberfinanzdirektionen	Seite	115 - 118
Kapitel 14 090 - Programm „Rationelle Energienutzung“ (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm, NEH)	Seite	119 - 122
Kapitel 14 210 - Geschäftsstelle der ARGEBAU	Seite	123 - 126
Kapitel 14 630 - Liegenschaften - Landeseigene Mietwohnungen	Seite	127 - 130
Kapitel 14 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	Seite	131 - 132
nachrichtlich:		
Einzelplan 20 Allgemeine Finanzverwaltung		
Kapitel 20 070 - Staatliche Bauverwaltung - Bauunterhaltung und Kleine Baumaßnahmen -	Seite	133 - 141

1. Vorbemerkung

Das Ministerium für Bauen und Wohnen ist zuständig für die Aufgabenbereiche

- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik,
- Wohnungsbauförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestand,
- Staatliche Bauverwaltung,
- Rationelle Energieverwendung (soweit nicht MWMTV zuständig),
- Geschäftsstelle der ARGEBAU,
- Liegenschaften - Landeseigene Mietwohnungen.

2. Allgemeine Erläuterungen

Die vom Ministerium für Bauen und Wohnen bewirtschafteten Haushaltsmittel, Planstellen und Stellen sind im wesentlichen im Einzelplan 14 veranschlagt, der die folgenden Kapitel umfaßt:

- Kapitel 14 010 - Ministerium
- Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Kapitel 14 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz
- Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens
- Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus
- Kapitel 14 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau
- Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung
- Kapitel 14 071 - Landesinstitut für Bauwesen
- Kapitel 14 072 - Fortbildungseinrichtung
- Kapitel 14 080 - Staatliche Bauverwaltung - Oberfinanzdirektionen
- Kapitel 14 090 - Programm „Rationelle Energienutzung“ (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm, NEH)
- Kapitel 14 210 - Geschäftsstelle der ARGEBAU
- Kapitel 14 630 - Liegenschaften - Landeseigene Mietwohnungen
- Kapitel 14 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

I.

Die in diesen Kapiteln veranschlagten **Gesamtausgaben** für das Haushaltsjahr 1997 betragen 3.874,1 Mio. DM (Vorjahr: 3.791,7 Mio. DM) und erhöhten sich damit um rd. 82,4 Mio. DM oder 2,2 v.H. gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerung beruht, wie die folgende Tabelle 2 (Seite 6) verdeutlicht, auf höheren Ausgaben bei dem Schuldendienst an den Bund, den Zuweisungen und Zuschüssen der Hauptgruppe 6 und den Besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9). Der Anstieg um fast 19 Mio. DM bei den letztgenannten Ausgaben täuscht allerdings, weil bei diesen im Jahre 1996 eine globale Minderausgabe (Kap. 14 020 Titel 972 00) i.H.v. 18.947.000 DM zu erwirtschaften war. Ohne diese globale Minderausgabe würden die „Besonderen Finanzierungsausgaben“ überrollt werden.

II.

Die **Einnahmen** steigen von 1996 auf 1997 um 24,2 Mio. DM auf 2.078,3 Mio. DM. Im wesentlichen ist dies der Saldo aus höheren Einnahmen vom Bund für das Wohngeld (+ 85 Mio. DM) und der Erstattung der Beamtenpensionen im Rahmen der Verwaltungskostenentschädigung für die Wahrnehmung von Bundesbauausgaben (+ 9,6 Mio. DM) sowie den Mindereinnahmen aus der Fehlbelegerabgabe (- 15 Mio. DM), geringeren Zuschüssen vom Bund für den Wohnungsbau (- 22,4 Mio. DM), geringeren Zins- und Tilgungseinnahmen wegen fortschreitender Tilgung bei Darlehen aus alten Wohnungsbauprogrammen (- 9 Mio. DM), der Erstattung vom Bund für die Wahrnehmung der Bundesbauaufgaben (- 21 Mio. DM) und geringeren Mieteinnahmen bei den landeseigenen Mietwohnungen (- 3,4 Mio. DM).

III.

An **Verpflichtungsermächtigungen** sind im Einzelplan 14 insgesamt rd. 675,5 Mio. DM ausgewiesen (Vorjahr: 728,2 Mio. DM). Hiervon entfallen auf den Wohnungsbau rd. 630,3 Mio. DM. Die Verpflichtungsermächtigungen verringern sich damit für diesen Bereich gegenüber dem Vorjahr (rd. 685,8 Mio. DM) um rd. 56 Mio. DM.

Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Aufgabenbereiche und Ausgabearten ist den nachstehenden Tabellen 1 und 2 (Seiten 5 und 6) zu entnehmen.

IV.

Vom Ministerium für Bauen und Wohnen und den nachgeordneten Dienststellen werden darüber hinaus die im neuen Kapitel 20 070 veranschlagten Bauausgaben für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, für die Große Bauunterhaltung, die Asbestentsorgung, die Maßnahmen zur Sanierung der Abwasserkanalisation bei landeseigenen Liegenschaften, für die Sanierung der Alt-Kliniken und Wohnheime sowie für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften bewirtschaftet.

Ab dem Haushaltsjahr 1997 sollen - durch Umschichtung innerhalb der bisherigen Titel und durch eine Ausgabenverstärkung i.H.v. 10 Mio. DM - neue Titel für:

- Maßnahmen zur Energieeinsparung und Emissionsminderung in landeseigenen Gebäuden Titel (519 21 - neu -),
- die Grundinstandsetzung von landeseigenen Kirchen und Patronaten (Titel 519 30 - neu -),
- die Kosten der technischen Sicherung von Wohnungen (zentrale Veranschlagung bei Titel 545 00 - neu -),
- die Vorbereitung von Not- und Überbrückungsmaßnahmen (Titel 711 21 - neu -),
- die Grunderneuerung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hochschulinstiuten (Titel 711 51 - neu -)
- die Grunderneuerung der Justizvollzugsanstalten (Titel 711 52 - neu -) und
- ein Programm zum rationellen Energieeinsatz in landeseigenen Gebäuden (Titelgruppe 71 - neu -)

eingerrichtet werden.

V.

Der Haushaltsentwurf 1997 weist für den Einzelplan 14 ein **Stellensoll** von insgesamt 3.743 Planstellen und Stellen (1996: 3.957 Stellen) aus; der Stellenbestand wird also um 214 Stellen verringert (= - rd. 5,4 v.H.).

Aufgrund des Organisationsgutachtens 1994 über die Ortsinstanz der Staatlichen Bauverwaltung waren - über die bereits ausgebrachten 49¹⁾ kw-Vermerke hinaus - weitere 1.236 neue kw-Vermerke auszuweisen. Hiervon wurden im Kapitel der Staatlichen Bauverwaltung im Vollzug der Haushaltsjahre 1995 und 1996 bereits 301 Stellen abgebaut, so daß noch 984¹⁾ kw-Vermerke zu erwirtschaften sind.

¹⁾ davon 1 kw OrgUnters. LOBA

Insgesamt sind im Epl. 14 derzeit noch 999 kw-Vermerke zu erwirtschaften. Auf die einzelnen Schwerpunkte verteilt ergibt sich folgendes Bild:

	<u>1997 (Entwurf)</u>	<u>1996</u>
<u>Ministerium</u>		
Planstelle kw 30.09.1996 (Auflösung des ehem. LPA)	-	1
2 %ige Einsparvorgabe '96 bzw. '97	3	5
<u>Allgemeine Bewilligungen</u>		
Wegen Planstellen-/Stellenvermehrung in den Epl. 05 und 06 (Landtag/ Haushaltsplan 1996)	-	5
<u>Staatliche Bauämter</u>		
Organisationsuntersuchung 1994	968	1.135
Organisationsuntersuchung 1993 (Reinigungsdienst)	9	11
ehem. Finanzbauverwaltung	-	34
Organisationsuntersuchung 1993 OFD-BVP (umgesetzte Stellen)	2	-
<u>Landesinstitut für Bauwesen</u>		
2%ige Einsparvorgabe 1996	2	2
Organisationsunters. Staatliche Bauverwaltung 1994(umgesetzte Stellen)	6	-
Organisationsunters. Landesoberbergamt (umgesetzte Stelle)	1	1
	<hr/>	<hr/>
	991	1.194
<u>dazu</u>		
Hilfen für die neuen Länder (TGr. 79,80)	8	12
	<hr/>	<hr/>
	999	1.206

Einen Gesamtüberblick über den Personalhaushalt vermittelt Tabelle 3 (Seite 7).

Tabelle 1 - Ausgaben des Epl. 14 nach dem Entwurf 1997, unterteilt nach Aufgabenbereichen, im Vergleich zu 1996
- Angaben in Mio. DM (gerundet)

Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1997 (Entwurf)	Haushaltsplan 1996	Veränderungen gegenüber Haushaltsplan 1996 abs.	Veränderungen gegenüber Haushaltsplan 1996 %	Anteil an den Gesamtausgaben 1997 %
Ministerium, Allgemeine Bewilligungen, Angelegenheiten des Bauwesens	32,57 ¹⁾	24,33 ²⁾	+ 8,24	+ 33,87	0,84
Strukturhilfe	0,00	0,00	-	-	-
Förderung des Wohnungsbaus/zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau	3.392,92	3.308,40	+ 84,52	+ 2,55	87,58
Staatliche Bauverwaltung einschließlich LB, Fortbildungseinrichtung und OFD	384,67	394,96	- 10,29	- 2,61	9,93
REN-Programm	48,8	48,8	-	-	1,26
Versorgung	14,41	13,66	+ 0,75	+ 5,49	0,37
Sonstige	0,71	1,56	- 0,85	- 54,49	0,02
Gesamtsumme (gerundet)	3.874,08	3.791,7	+ 82,37	+ 2,17	100,0

1) Haushaltsentwurf 1997: 40.719.600 DM
 Globale Minderausgaben (Kap. 14 020 Titel 462 00): - 8.152.000 DM
 Kapitelsummen: 32.567.600 DM

2) Haushaltsplan 1996 (Kapitel 14 010, 14 020, 14 040): 44.340.700 DM
 Globale Minderausgaben im Kapitel 14 020 (Allgemeine Bewilligungen): - 19.613.400 DM
 Kapitelsumme 1996: 24.727.300 DM

Tabelle 2 - Ausgaben des Epl. 14 nach dem Entwurf 1997 unterteilt nach Ausgabearten, im Vergleich zu 1996 - Angaben in Mio. DM (gerundet)

Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1997 (Entwurf)	Haushaltsplan 1996	Veränderungen gegenüber Haushaltsplan 1996		Anteil an den Gesamtausgaben 1997 %
			abs.	%	
Personalausgaben	338,80 ¹⁾	342,84	- 4,04	- 1,18	8,75
Sächliche Verwaltungsausgaben	56,71	65,24	- 8,53	- 13,07	1,46
Schuldendienst	292,57	210,30	+ 82,27	+ 39,12	7,55
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.871,87	1.767,30	+ 104,56	+ 5,92	48,32
Ausgaben für Investitionen	1.294,53	1.405,36	- 110,83	- 7,89	33,42
Besondere Finanzierungen	19,61	0,66 ²⁾	+ 18,95	-	0,50
Gesamtsumme (rd.)	3.874,08	3.791,70	+ 82,37	+ 2,17	100,0

1) darin 8.152.000 DM globale Personalkostenminderausgabe (Kap. 14 020 Titel 462 00)

2) darin 19.613.400 DM globale Minderausgaben (Kap. 14 020 Titel 549 00 und 972 00)

Tabelle 3 Personalsoll des Einzelplans 14

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte	285 -2	393 -3	8 -1	-	686	692	-6
Beamtete Hilfskräfte	-	9 -8	-	-	9	17	-8
Angestellte	297 -9	1760 -134	857 -43	8 -2	2922	3.110	-188
Arbeiter	-	-	-	118 -8	118	126	-8
<u>Igr. 79/80 (Hilfen für die neuen Länder)</u>							
Planmäßige Beamte	1	4	-	-	5	7	-2
Angestellte	2	-2	-	-	3	5	-2
Insgesamt Epl.	585 -11	2167 -149	865 -44	126 -10	3743	3.957	-214
Beamte im Vorbereitungsdienst	93 +9	20	-	-	113	104	+9
Auszubildende	-	-	83	-	83	83	-

Kapitel 14 010

Ministerium

Personalsoll des Einzelplans 14 Kapitel 14 010

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte	88 -2	55 -1	4 -1	-	147	151	-4
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	4 -2	23 +1	63 -4	8	98	103	-5
Arbeiter	-	-	-	5	5	5	-
<hr/>							
Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-
Planmäßige Beamte	-	-	-	-	-	-	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	92 -4	78	67 -5	13	250	259	-9

Übersicht über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1996		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
					am 01.07.1996		
1	2	3	4	5	6	7	8
B 10	Staatssekretär/in	1	1	1			
B 7	Ministerialdirigent/in	4	4	3		1	
B 4	Ltd. Ministerialrat/rätin	12	12	10		1	
B 2	Ministerialrat/rätin	22	22	15		1	
					(2 Stellen unterliegen der Stellenbesetzungssperre bis 28.02. u. 31.03.97)		
A 16	Ministerialrat/rätin (dav. oh. Besoldungsaufwand)	26 (1)	26 (1)	22 (1)		5	
A 15	Regierungsdirektor/in Regierungsbaudirektor/in davon kw 30.09.96	14 (-)	16 (1)	12 (1)		1	
A 14	Oberregierungsrat/rätin Oberregierungsbaurat/rätin	7	7	5		3	
A 13	Regierungsrat/rätin Regierungsbaurat/rätin davon kw (Einsparung 1996) davon kw (Einsparung 1997)	2 (-) (1)	2 (1) (-)	5 (1) (1)		-	
Zw.Sa.		88	90	73		12	
A 13	Oberamtsrat/rätin davon mit Zulage	28 (2)	28 (2)	26 (2)			
					(2 Stellen unterliegen der Stellenbesetzungssperre bis 31.12.96/30.06.97)		
A 12	Amtsrat/rätin	17	17	17			
A 11	Regierungsamtmann/amtfrau davon kw (Einsparung 1996)	10 (-)	11 (1)	6 (-)		1	
Zw.Sa.		55	56	49		1	
A 9	Regierungsamtsinspektor/in davon mit Zulage davon Zulage kw	4 (2) (1)	5 (2) (1)	2 (2) (1)		2	
					(1 Stelle unterliegt der Stellenbesetzungssperre bis 31.01.97)		
Insgesamt:		147	151	124		15	

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht
über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1997

Bes.Gr. bzw. Bezeichnung (jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
				geführten		
			beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter	
	a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.), Assistenten (z.A.), Regierungsrätinnen (z.A.), Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.					
Zusammen a)						
	b) sonstige Beamtinnen und Beamte Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.					
A 15	4	4	4	-	-	
A 14	1	1	1	-	-	
A 13 h.D.	1	1	-	-	1	
A 13 g.D.	5	5	3	-	2	
A 12	3	3	2	-	-	
Zusammen b)	14	14	10	-	3	
Insgesamt	14	14	10	-	3	

Übersicht über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997 - Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
				Angestellten	beamtete Hilfskräfte	Angestellte
					Angestellten	geführten Arbeiterinnen u. Arbeiter
I	-	-	-	6		
I a	2	2	2	-		
I b	1	2	1	2		
I b/II a	1	2	1	2		
davon kw (Einsparung 1996)	(-)	(1)	(-)			
II a	6	6	6	-		
davon kw (Einsparung 1997)	(1)	(-)	(1)			
II a/III	7	7	7	-		
III/IV a	1	1	1	-		
IV a	1	1	-	1	(Stelle unterliegt der Stellenbe- setzungssperre bis 31.03.97)	
IV a/IV b	1	1	1	-		
davon kw (Einsparung 1997)	(1)	(-)	(1)			
IV b/V b	7	6	6	-		
V b	-	1	1	-		
V b/V c	5	6	6	2		
davon kw (Einsparung 1996)	(-)	(1)	(1)			
V c	4	5	4	-		
davon kw (Einsparung 1996)	(-)	(1)	(-)			
V c/VI b	14	14	13	-		
VI b	7	7	7	-		
VI b/VII	11	11	11	-		
VII/VIII	22	23	20	-	(2 Stellen unterliegen der Stellenbesetz- ungssperre bis 30.11.96 u. 31.03.97)	
IX a/IX b	1	1	1	-		
IX b/X	7	7	4	-		3
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-	2*	-	-
Zusammen	98	103	92	15	-	3
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

- * - Angestellte, Referatsleiterin, Verg. entsprechend B 2 BBesO
- Angestellter, Abteilungsleiter, Verg. entsprechend B 7 BBesO

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiterinnen u. Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
geführten Arbeiterinnen u. Arbeiter						
6 a/5 MTL	2	2	1	-	-	-
4 a/3 MTL	1	1	1	-	-	-
3 a/2 a MTL	2	2	2	-	-	3
Zusammen	5	5	4	-	-	3
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

Übersicht

**über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)
für das Haushaltsjahr 1997**

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamtinnen und Beamte zur Ausbildung annehmen.)

Übersicht über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)

	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10)							Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (Titel 422 10)						
	Stellen- zahl 1996	Vorgesehene Neueinstellungen im Haus- haltsjahr		Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, die ein- gestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1996	Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten zur Anstellung, deren Probezeit (§ 8 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr				
		1997	1996	1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt		1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt
Kapitel 14 010														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Techn. Dienst														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Techn.Dienst														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel 14 010														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														

Fehlanzeige

Die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung sind nach den nichttechnischen und den verschiedenen technischen Laufbahnen aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.

Altersstand der planmäßig angestellten Beamtinnen und Beamten (Titel 422 10)

Zahl der Planstellen 1996	Zahl der am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten	Von den am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten erreichen die Altersgrenze voraussichtlich im Haushaltsjahr							Erläuterungen
		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
90	73	2	-	-	3	7	2	4	höherer Dienst
56	49	-	-	-	1	2	1	-	gehobener Dienst
5	2	-	-	-	-	-	-	-	mittlerer Dienst

Übersicht

über die Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter), Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf Leerstellen geführt werden und deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe/ Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Zahl der am 01.07.1996 auf Leerstellen geführten Bediensteten, deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden
1	2	3
Fehlanzeige		

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1997

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.07.1996
		1997	1996		
1	2	3	4	5	6
Bes.Gr. B 7	Ministerialdirigent/ Ministerialdirigentin	1	1	Beurlaubung gem. § 12 SUrV (LEG NRW)	1
Bes.Gr. B 4	Leitender Ministerialrat/ Leitende Ministerialrätin	3	3	Beurlaubungen gem. § 12 SURV (LEG Wohn- nen, LEG Wohnungs- bau Rheinland) und Be- urlaubung gem. § 78 b LBG	3
Bes.Gr. B 2	Ministerialrat/ Ministerialrätin	2	2	Beurlaubung gem. § 12 SURV (WFA) und Er- ziehungsurlaub	2
Bes.Gr. A 16	Ministerialrat/ Ministerialrätin	1	1	Beurlaubung gem. § 12 SURV (Wuppertal- Institut für Klima, Umwelt und Energie)	1
Bes.Gr. A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1	Erziehungsurlaub	1
Bes.Gr. A 13 g.D.	Oberamtsrat/ Oberamtsrätin	1	1	Beurlaubung gem. § 12 SURV (LEG NRW)	1
Bes.Gr. A 12	Amtsrat/Amtsärztin	1	1	Erziehungsurlaub	1
Zwischensumme	Planstellen	10	10		10
Verg.Gr. II a/III	Angestellte/Angestellter	1	1	Beurlaubung gem. § 50 (2) BAT	1
Verg.Gr. V c/VI b	Angestellte/Angestellter	2	2	Beurlaubung gem. § 50 (2) BAT und Erziehungsurlaub	2
Verg.Gr. VI b/VII	Angestellte/Angestellter	2	2	Erziehungsurlaub	2
Verg.Gr. VII/VIII	Angestellte/Angestellter	3	3	Beurlaubung gem. § 50 (2) BAT und Erziehungsurlaub	3
Zwischensumme:	Angestellte	8	8		8
insgesamt:		18	18		18

I. Personalhaushalt des Ministeriums

Der Entwurf des Haushaltsplans 1997 weist bei Kapitel 14 010 insgesamt 250 Stellen aus, und zwar 147 Planstellen für Beamtinnen und Beamte, 98 Stellen für Angestellte, 5 Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter. Planstellen für Beamtinnen und Beamte der Titelgruppe 79 sind nicht mehr veranschlagt.

1. Veränderungen bei den Planstellen (Titel 422 10 - Bezüge der Beamtinnen und Beamten)

1.1 Stellenhebungen/Rückschlüsselung

Im höheren Dienst erfolgt die Rückschlüsselung je einer Planstelle der Bes.Gr. A 15 BBesO (Regierungsdirektor/in) nach Bes.Gr. A 14 BBesO (Oberregierungsrat/-rätin) und der Bes.Gr. A 14 BBesO (Oberregierungsrat/-rätin) nach Bes.Gr. A 13 BBesO (Regierungsrat/-rätin)

1.2 Stellenwegfall/Ausbringung und Wirksamwerden von kw-Vermerken

- 1 Planstelle der Bes.Gr. A 15 BBesO (Regierungsdirektor/-direktorin) - Erwirtschaftung eines kw-Vermerks zum 30.09.1996
- 1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 BBesO h.D. (Regierungsrat/-rätin) - Erwirtschaftung eines kw-Vermerks - Einsparung 1996
- 1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 BBesO h.D. (Regierungsrat/-rätin) - Ausbringung eines kw-Vermerks - Einsparung 1997
- 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 BBesO (Regierungsamtmann/-amtfrau) - Erwirtschaftung eines kw-Vermerks - Einsparung 1996

Die Landesregierung hat beschlossen, in den Bereichen, die noch nicht einer Organisationsuntersuchung unterzogen worden sind, pauschal 2 % der ausgebrachten Planstellen und Stellen je zur Hälfte sofort abzubauen bzw. mit kw-Vermerken zu versehen.

Die Rückschlüsselung der Planstellen erfolgt mit 3jähriger Phasenverschiebung.

1.3 Umwandlung von Planstellen

Eine Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. wird in eine Stelle der Verg.Gr. IV b/V b BAT umgewandelt. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Ziffer 2.1 verwiesen.

2. Veränderungen bei den Stellen für Angestellte (Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten)

2.1 Umwandlungen

Aufgrund der Personalabgänge im Registraturbereich werden die Registraturen im MBW neu strukturiert. Die DV-Ausstattung der Registraturen ermöglicht es, zukünftig pro Abteilungsregistratur nur noch max. 2 Mitarbeiter/innen einzusetzen. Die Leitung der 4 Abteilungsregistraturen und der Registratur des Ministerbüros wird einem/einer Angestellten übertragen (bisher wurden diese Aufgaben von 2 Angestellten der Verg.Gr. V b BAT wahrgenommen).

Die Aufgaben eines Leiters/einer Leiterin von 5 vielfach gegliederten Registraturen einer obersten Landesbehörde mit insgesamt bis zu 9 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen rechtfertigen eine tarifliche Eingruppierung in die Verg.Gr. V b, Fg. 25 BAT (6jähriger Bewährungsaufstieg nach Verg.Gr. IV b, Fg. 2 BAT). Da eine entsprechende freie und besetzbare Stelle der Verg.Gr. IV b/V b BAT, die zur stellenmäßigen Führung der Registraturleitung benötigt wird, nicht zur Verfügung steht, wird eine Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. in eine Stelle der Verg.Gr. IV b/V b BAT umgewandelt.

2.2 Stellenwegfall/Ausbringung und Wirksamwerden von kw-Vermerken

- | | |
|---------------------------------------|---|
| - 1 Stelle der Verg.Gr. I b/II a BAT | Erwirtschaftung eines kw-Vermerks (Einsparung 1996) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. V b/V c BAT | Erwirtschaftung eines kw-Vermerks (Einsparung 1996) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. V c BAT | Erwirtschaftung eines kw-Vermerks (Einsparung 1996) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. II a BAT | Ausbringung eines kw-Vermerks (Einsparung 1997) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. IV a/IV b BAT | Ausbringung eines kw-Vermerks (Einsparung 1997) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. V b BAT | Stellenwegfall (Einsparvorgabe 1997) |
| - 1 Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT | Stellenwegfall (Einsparvorgabe 1997) |

Die Landesregierung hat beschlossen, in den Bereichen, die noch nicht einer Organisationsuntersuchung unterzogen worden sind, pauschal 2 % der ausgebrachten Planstellen und Stellen entweder sofort abzubauen bzw. mit kw-Vermerken zu versehen.

2.3 Umsetzungen

1 Stelle der Verg.Gr. I b BAT wurde im Haushaltsvollzug 1996 in das Kapitel 03 010 umgesetzt.

Darüber hinaus wurden im Haushaltsvollzug 3 Stellen (je eine der Verg.Gr. III/IV a, IV a/IV b und IV b BAT nach Kapitel 14 070 umgesetzt. Es handelt sich hierbei um den Fernmeldetechnischen Dienst der Landesregierung, dessen Aufgaben nunmehr vom Staatlichen Bauamt Düsseldorf wahrgenommen werden.

3. Veränderungen bei den Stellen für Arbeiter (Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter)

Bei den Stellen für Arbeiter ergeben sich keine Veränderungen.

II. Sachhaushalt

Die Ausgaben des Kapitels 14 010 (Ministerium) - ohne Personalausgaben - sind von 2.645.900 DM im Jahre 1996 auf 2.560.100 DM gesunken. Diese Einsparung (3,24 v.H.) entspricht im wesentlichen der sog. Flexibilisierungsdividende (3 v.H), die vom Finanzministerium als „Gegenleistung“ für die weitgehende Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 und der Obergruppe 81 festgelegt wurde. Denn für das Haushaltsjahr 1997 wird als ein Instrument der neu geschaffenen Steuerungsmodelle die Variante der „Flexibilisierung“ bei der Bewirtschaftung der Ausgaben für das Ministerium eingeführt. Insoweit darf zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Haushaltsvermerke Nr. 1 bis 5 bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben und den Ausgaben für Investitionen hingewiesen werden.

Die zum Teil deutlich unter den Vorjahreswerten liegenden Ansätze sind unter der Prämisse zu verstehen, daß ein in den Haushaltsverhandlungen so festgelegtes Gesamtergebnis für die Sächlichen Verwaltungsausgaben und die sonstigen Investitionen auf die jeweiligen Titel bedarfsgerecht zu verteilen war. Von der Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 sind die Titel 529 10 (Zur Verfügung des Ministers) und 529 20 (Zur Verfügung des Staatssekretärs) ausgenommen. Hier darf es nicht zu Mehrausgaben kommen.

Als wesentliche Veränderungen sind zu nennen:

517 10 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz 1996 :	600.000,- DM
Entwurf 1997 :	640.000,- DM
Ist 1995 :	623.000,- DM

Für das im November 1992 bezogene landeseigene Dienstgebäude Elisabethstraße 5-11 lagen anfänglich keine gesicherten Erkenntnisse zur Höhe der Bewirtschaftungskosten vor. Nunmehr kann mit einiger Sicherheit der Bedarf an Haushaltsmitteln festgestellt werden. Der im Vergleich zum Ist 1995 um 17.000 DM höhere Haushaltsansatz berücksichtigt insbesondere die Kostensteigerungen für Wasser, Abwasser, Müllabfuhr und Gebäudereinigung.

527 10 Reisekostenvergütung für Dienstreisen

Ansatz 1996 :	260.000,- DM
Entwurf 1997 :	230.000,- DM
Ist 1995 :	221.000,- DM

Die Neuorganisation der Staatlichen Bauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen brachte Ämterzusammenlegungen und Schließung von Nebenstellen mit sich, wofür zur Sicherstellung einer sachgerechten Planung und Entscheidung Dienstreisen von Bediensteten des Ministeriums zu den betroffenen Dienststellen unumgänglich waren. Nach Abschluß der wesentlichen Phasen der Neuorganisation der Staatlichen Bauverwaltung fallen voraussichtlich weniger Dienstreisen an.

632 00 Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder

Ansatz 1996	:	47.100,- DM
Entwurf 1997	:	47.100,- DM
Ist 1995	:	51.000,- DM

Der Beitrag des Landes an den Kosten des Hochbauausschusses der ARGEBAU wird nach dem Königsteiner Schlüssel festgelegt.

Nachdem sich nunmehr die neuen Bundesländer an den Kosten beteiligen, konnte der Ansatz bereits in 1996 gesenkt und auf diesem Niveau gehalten werden.

812 10 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen im Inland

Ansatz 1996	:	180.000,- DM
Entwurf 1997	:	156.000,- DM
Ist 1995	:	175.000,- DM

Für das im November 1992 bezogene landeseigene Dienstgebäude Elisabethstraße 5-11 sind Ist-Ausgaben für Investitionen von 289.000 DM in 1994 auf 175.000 DM im Jahre 1995 rückläufig. Der Ausgabenschwerpunkt liegt nunmehr im Bereich der kleinen Diensträume in den Anbauten. Hier sollen sukzessive die alten Schränke durch Einbaumöbel ersetzt werden, um so zu besseren Arbeitsbedingungen in den etwa 12 m² großen Zimmern zu kommen.

Kapitel 14 020

Allgemeine Bewilligungen

I. Einnahmen

119 40 Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr an Landesbedienstete

Ansatz 1996 :	-,- DM
Entwurf 1997 :	118.000,- DM
Ist 1995 :	118.000,- DM

Ab dem Haushaltsjahr 1997 sollen die Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets 2000 im Haushaltsplan als Ansatz ausgewiesen werden. Bisher war lediglich ein „Strichansatz“ mit Haushaltsvermerk vorgesehen. Danach durften die korrespondierenden Ausgaben bei Titel 546 40 in Höhe der Einnahmen geleistet werden. Die Veranschlagung der Einnahmen dient der Haushaltsklarheit.

II. Personalausgaben

Der Haushaltsgesetzgeber hatte im Rahmen der parlamentarischen Beratungen über den Haushaltsentwurf 1996 eine Planstellen- und Stellenvermehrung für die Einzelpläne 05 (MSW) und 06 (MWF) beschlossen. Zum haushaltsmäßigen Ausgleich wurden in den Einzelplänen aller Ressorts zusätzliche kw-Vermerke ausgebracht. Das Ministerium für Bauen und Wohnen war hiervon im Umfang von 5 kw-Vermerken (31.12.1996) betroffen. Die kw-Vermerke wurden im Kapitel 14 070 bei Titel 425 10 in Form von 5 Stellen der Verg.Gr. VII/VIII BAT (Büro- und sonstiger technischer Dienst) erwirtschaftet.

427 49 Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

Ansatz 1996 :	1.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	1.000.000,- DM
Ist 1995 :	245.000,- DM

Das MBW beschäftigt im Rahmen seiner Möglichkeiten lebensältere arbeitslose Bauingenieure. Die Beschäftigten werden zunächst qualifiziert (Datenverarbeitung) und sodann in den Aufgabenfeldern „Ergänzung bzw. Erstellung von Bestandsplänen für den Baubestand, für die Abwasserkanalsanierung, für die Zustandsermittlung bei frei werdenden militärischen Liegenschaften, Asbestsanierungsmaßnahmen usw.“ eingesetzt. So qualifiziert hat das Ministerium für Bauen und Wohnen und die Arbeitsverwaltung Hoffnung, die Beschäftigten nach Ablauf der Maßnahme erneut in den Arbeitsprozeß vermitteln zu können.

441 10 Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung

Ansatz 1996 :	3.892.000,- DM
Entwurf 1997 :	3.977.000,- DM
Ist 1995 :	3.579.000,- DM

Der Ansatz wurde entsprechend der landeseinheitlichen Vorgabe des Finanzministeriums ermittelt. Dabei ist der Stellenabbau berücksichtigt worden. Insgesamt sind die Ist-Ausgaben seit 1993 (3.670.000 DM) rückläufig.

459 00 Gewährung einer örtlichen Prämie

Ansatz 1996 :	10.000,- DM
Entwurf 1997 :	5.000,- DM
Ist 1995 :	-, DM

Der Ansatz wurde wegen der geringen Ausgaben in den letzten Jahren auf den Mindestansatz gekürzt.

462 00 Globale Minderausgaben für Personalausgaben

Ansatz 1996 :	-, DM
Entwurf 1997 :	8.152.000,- DM
Ist 1995 :	-, DM

Wegen des Ergebnisses der Tarifverhandlungen 1996 sind in allen Einzelplänen globale Minderausgaben ausgebracht worden. Die jeweils auf die Einzelpläne entfallenden Beträge wurden vom Finanzministerium vorgegeben.

III. Sachhaushalt

531 10 Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz 1996 :	210.000,- DM
Entwurf 1997 :	210.000,- DM
Ist 1995 :	194.000,- DM

531 20 Veröffentlichungen und Dokumentationen

Ansatz 1996 :	280.000,- DM
Entwurf 1997 :	280.000,- DM
Ist 1995 :	253.000,- DM

541 00 Aufwendungen für Ausstellungen und Messen

Ansatz 1996 :	175.000,- DM
Entwurf 1997 :	150.000,- DM
Ist 1995 :	163.000,- DM
VE :	50.000,- DM

Die Ansätze für die Öffentlichkeitsarbeit sind - bis auf Titel 541 00 - unverändert. Die Ausgaben für Ausstellungen und Messen wurden erhöht, um den vielfältigen Anforderungen hinsichtlich des solaren und energiesparenden Bauens Rechnung tragen zu können.

Die Mittel sind im wesentlichen vorgesehen für:

1. Pressekonferenzen, Informationsgespräche, Tagungen sowie für Einführungen von Behördenleitern/Behördenleiterinnen.
2. Herstellung, Druck und Verbreitung von Informationsmaterial (u.a. Broschüren und Plakate) zur Fortsetzung der Informationsreihen
 - MBW informiert
 - Schriftreihe des MBW
 - MBW-Ratgeber
 - Diskussionspapiere

sowie zur Beschaffung von Informationsmaterial wie Fotos, Dia-Reihen, Overhead-Projektionsfolien, Video-Filmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit betrifft generell alle fachlichen Zuständigkeitsbereiche des MBW; Thema und Zeitpunkt jeder Veröffentlichung und Informationsmaßnahme richten sich nach der Aktualität. Ausstellungen werden ebenfalls jeweils zu aktuellen Schwerpunktthemen des MBW konzipiert.

Ansatz 1996 : 4.551.000,- DM
Entwurf 1997 : 483.000,- DM
Ist 1995 : 3.225.000,- DM

(1)

Zum Haushaltsentwurf 1996 wurde bereits dargestellt, daß die über das Fortbildungsangebot des Innenministeriums hinausgehende notwendige fachgebundene Fortbildung im Geschäftsbereich des MBW bisher dezentral in jeweils angemieteten Räumlichkeiten durchgeführt wird. Es handelt sich hierbei schwerpunktmäßig um Einführungs- und Anpassungsfortbildungen u.a. in den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau sowie im Bereich der ADV um Projekte wie ISYBAU und CAD. Hier ist spezielle, in anderen Bereichen der Landesverwaltung nicht verwendbare Hard- und Software erforderlich.

Ferner sollen in der Aus- und Fortbildungseinrichtung die Anwärter des höheren und gehobenen bautechnischen Dienstes ausgebildet werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß das Land für den höheren bautechnischen Dienst das Ausbildungsmonopol hat. Dieser fachspezifische Aus- und Fortbildungsbedarf kann - auch wegen der Kapazitätsauslastung in den Einrichtungen des Finanz-, Justiz- und Innenministeriums - nicht von einer anderen Ausbildungseinrichtung abgedeckt werden.

(2)

Zur Erinnerung:

Die Landesregierung hatte in ihrer Sitzung vom 14. Juli 1992 beschlossen, für das MBW eine eigene Aus- und Fortbildungseinrichtung einzurichten, die in der ehemaligen Lohnhalle der Zeche Rhein-Elbe in Gelsenkirchen untergebracht wird. Es handelt sich hierbei um ein denkmalwertes Gebäude, dessen Erhalt und Nutzung im Zusammenhang mit der Gesamtplanung der internationalen Bauausstellung Emscherpark für das Rhein-Elbe-Gelände zu sehen ist.

(3)

Das Grundstück mit dem aufstehenden Gebäude ist Eigentum des Landes NRW.

Nachdem die HU-Bau für die Baumaßnahme im August 1993 mit einem Kostenumfang von rd. 10.000.000 DM vom Finanzministerium genehmigt wurde, wurde mit den Bauarbeiten noch im Jahre 1993 begonnen.

Die Fortbildungseinrichtung soll im Oktober 1996 fertiggestellt werden und ihren Betrieb aufnehmen. Nach dem bisherigen Verlauf der Arbeiten wird der vorgegebene Kostenrahmen eingehalten. Der Ansatz für 1997 dient der Restabwicklung der Baumaßnahme.

Titelgruppe 70 - Ausgaben für die Pflege auswärtiger Beziehungen -

534 70 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen

Ansatz 1996 :	60.000,- DM
Entwurf 1997 :	60.000,- DM
Ist 1995 :	90.000,- DM

681 70 Zuschüsse an ausländische Stipendiaten

Ansatz 1996 :	-, - DM
Entwurf 1997 :	-, - DM
Ist 1995 :	-, - DM

685 70 Zuschüsse im Rahmen der Pflege auswärtiger Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit

Ansatz 1996 :	90.000,- DM
Entwurf 1997 :	75.000,- DM
Ist 1995 :	30.000,- DM
VE :	60.000,- DM

Aus den v. g. Mitteln werden die Ausgaben für den internationalen fachlichen Erfahrungsaustausch, die Beratungshilfe für die osteuropäischen Reformstaaten, ausländische Delegationsbesuche und für vereinbarte gemeinsame Projekte geleistet. Ferner können Zuschüsse an Projektpartner geleistet werden, z. B. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

So wird insbesondere mit den Niederlanden und Dänemark in den Bereichen des ökologischen und kostensparenden Bauens zusammengearbeitet. Die mit dem dänischen Bauministerium geschlossene Vereinbarung vom 15.05.1996 sieht u. a. die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe und die Planung/Realisierung weiterer Kooperationsprojekte (wie z. B. das „Gesunde Haus“) vor.

Weiterhin ist vorgesehen, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, insbesondere mit der NRW-Partnerregion Nishnij-Nowgorod, weiter zu vertiefen. Hierbei soll ein zur Zeit in Auftrag gegebenes „kommunales Wohnkonzept“ für die Stadt Nishnij-Nowgorod dazu beitragen, die Situation der russischen Wohnungswirtschaft im Rahmen des schwierigen Transformationsprozesses verbessern zu helfen.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit soll die Unterstützung eines Selbsthilfeprojektes zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Namibia fortgeführt werden (Phase 2: technische und fachliche Unterstützung einer namibianischen Selbsthilfevereinigung).

Kapitel 14 021

Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Kapitel 14 021	Titel 891 00
Zweckbestimmung	Zuweisung der Bundeszuschüsse zur Förderung des Baus von Studentenappartements an die Wfa - Abwicklung -

Entwurf 1997 (TDM)	-	Ansatz 1996 (TDM)	-	Ist 1995 (TDM)	1.350
--------------------	---	-------------------	---	----------------	-------

I. Allgemeines

Nach dem Strukturhilfegesetz vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I, S. 2.358) gewährte der Bund zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft den Ländern Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein für die Dauer von zehn Jahren ab dem Jahr 1989 Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in Höhe von jährlich 2,45 Mrd. DM.

Die Bundesmittel erhöhten sich um komplementäre Finanzierungsbeiträge. Nach dem Strukturhilfegesetz war der Bundeszuschuß auf höchstens 90 v.H. der öffentlichen Förderungen beschränkt. Die Differenzbeiträge waren von den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) bzw. sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zu tragen.

II. Förderung des Baus von Studentenappartements

Im Kapitel 14 021 sind die auf den Einzelplan 14 entfallenden Strukturhilfemittel ausgewiesen. Sie waren für die Förderung des Neubaus von Appartements für Studierende vorgesehen und auf die Haushaltsjahre 1990 und 1991 begrenzt. Ab 1992 wurden neue Maßnahmen für den Geschäftsbereich des MBW nicht geplant.

Gefördert wurde vom MBW der Bau von insgesamt 374 Studentenappartements.

Kapitel 14 040

Angelegenheiten des Bauwesens

I. Einnahmen

121 00 Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen

Ansatz 1996 :	2.180.000,- DM
Entwurf 1997 :	2.070.000,- DM
Ist 1995 :	2.089.000,- DM

Das Land ist im Geschäftsbereich des MBW am Kapital der nachstehenden Gesellschaften beteiligt (Stand Januar 1996):

<i>Gesellschaft</i>	<i>Grund- oder Stammkapital in DM</i>	<i>Beteiligung des Landes in DM</i>	<i>In v.H.</i>
LEG-Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, Düsseldorf	293.611.200	200.097.800	68,15
Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	7.250.000	3.625.000	50,0
Rheinland Köln Wohnungsgesellschaft für das Land NRW mbH, Köln	22.000.000	22.000.000	100,0

Die Einnahmen stehen im Zusammenhang mit dem Jahresergebnis des jeweiligen Unternehmens. Insoweit stellt der Haushaltsentwurf nur eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Gesellschaften dar.

Die Beteiligung des Landes an der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekenbank AG in Wiesbaden wurde 1995 veräußert, die an der Deutsche Baurevision AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin - Düsseldorf, soll im Jahre 1996 veräußert werden.

162 10 Sonstige Einnahmen aus dem Inland

Ansatz 1996 :	7.500.000,- DM
Entwurf 1997 :	7.500.000,- DM
Ist 1995 :	8.415.000,- DM

Das Land hat im Dezember 1991 den Unternehmen mit Landesbeteiligung im LEG-Verbund sowie der Aufbaugemeinschaft Espelkamp, an der das Land mit 50 v.H. beteiligt ist, Gesellschafterdarlehen zum Einsatz für wohnungswirtschaftliche Zwecke in Gesamthöhe von 167.356.212 DM gewährt. Der Zinssatz für die Darlehen beträgt 6 v.H. und verringert sich nach Einsatz der Mittel für wohnungswirtschaftliche Zwecke auf 4 v.H. Daher sind die Zinseinkünfte tendenziell rückläufig. Geringere Einnahmen als veranschlagt sind möglich, weil sich nicht genau kalkulieren läßt, in welchem Umfang ein Mitteleinsatz für wohnungswirtschaftliche Zwecke erfolgt und damit die Zinsreduktion wirksam wird.

182 10 Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland

Ansatz 1996 :	1.744.000,- DM
Entwurf 1997 :	2.200.000,- DM
Ist 1995 :	2.640.000,- DM

Das Land hat im Dezember 1991 den Unternehmen mit Landesbeteiligung im LEG-Verbund sowie der Aufbaugemeinschaft Espelkamp Gesellschafterdarlehen zum Einsatz für wohnungswirtschaftliche Zwecke in Gesamthöhe von 167.356.212 DM gewährt. Aus den vereinbarten Tilgungsraten in Höhe von 1 v.H. errechnen sich die angemeldeten Haushaltseinnahmen.

Die Einnahmen für 1995 waren vergleichsweise hoch, weil die vollständige Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 730.000 DM durch die Rheinland Köln erfolgte. Dieses Darlehen war der Gesellschaft seinerzeit im Rahmen des Erwerbs von Geschäftsanteilen der ehemaligen Neue Heimat NRW gewährt worden.

II. Sachausgaben

526 11 Kosten von bautechnischen Seminaren

Ansatz 1996 :	100.000,- DM
Entwurf 1997 :	100.000,- DM
Ist 1995 :	5.000,- DM

Der 1995 erstmals eingerichtete Titel dient der Durchführung von bautechnischen Seminaren für Bauaufsichtsbehörden, Prüflingen für Baustatik und staatlich anerkannte Sachverständige zu aktuellen Fragestellungen aus der Normung, des europäischen Bauemarktes und der damit zusammenhängenden Neugestaltung des Baurechts.

Wegen der neuen Bauordnung NW sollen auf Wunsch der Praxis in den kommenden Jahren vermehrt Seminare auch zu diesem Themenkreis durchgeführt werden.

526 50 Vergütungen für freiberuflich tätige Ingenieure, die im Rahmen von Prüfaufträgen eingeschaltet werden

Ansatz 1996 :	640.000,- DM
Entwurf 1997 :	560.000,- DM
Ist 1995 :	508.000,- DM

Die Gruppe II B des Ministeriums nimmt Prüfaufträge Dritter entgegen, die vom früheren Landesprüfamt für Baustatik bearbeitet wurden. Wegen der immer geringeren personellen Ressourcen werden nunmehr vermehrt Aufträge an freiberufliche Prüfindenieure weitergegeben. Die Einnahmen aus diesen Auftragsvergaben werden bei Titel 111 50 (700.000 DM) verbucht. 80 v.H. hiervon erhält der freiberufliche Ingenieur, 20 v.H. verbleiben beim Land.

685 12 Für das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin

Ansatz 1996 :	3.047.000,- DM
Entwurf 1997 :	3.179.000,- DM
Ist 1995 :	2.852.000,- DM

Das Deutsche Institut für Bautechnik dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

Das Institut übt seine Tätigkeit auf der Grundlage des zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen „Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik“ (DIBt-Abkommen) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts aus. Hinsichtlich der Finanzierung ist die DIBt-Finanzierungsvereinbarung maßgebend.

Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und Unterhaltung des Instituts wird zwischen den Ländern nach einem im Abkommen festgelegten Schlüssel aufgeteilt.

Der Anteil des Landes NRW an den Kosten des DIBt steigt 1997 gegenüber dem Vorjahr um 132.000 DM. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die EDV-Anlage des Instituts schrittweise erneuert und erweitert werden soll.

Titelgruppe 70 - Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens -

Die Ausgaben der Titelgruppe 70 sind insbesondere vorgesehen für Untersuchungen im Bereich des Wohnungsmarktes, des experimentellen Bauens sowie auf dem Gebiet des Bau- und Baunebenrechts. Eingeschlossen sind Untersuchungen zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz.

Im Forschungsprogramm 1997 sind Untersuchungen zu Grundlagen der Wohnungspolitik, zum wohnungspolitischen Instrumentarium, zu den sozialpolitischen Zielsetzungen im Wohnungsbau, zum kostensparenden und ökologischen Bauen und zu baurechtlichen und bautechnischen Fragestellungen geplant.

Im Forschungsprogramm 1996 wurden auch Vorhaben vergeben, die zum Teil im Haushaltsjahr 1997 erst abgeschlossen werden. Hierzu zählen die Projekte:

- „Hohe Wohnungsqualität auf geringer Fläche“
- „Umweltbewußte Bauteil- und Baustoffauswahl“
- „Projektbegleitstudie zum kostengünstigen Bauen“
- „Optimierte Abfallwirtschaft auf Baustellen“
- Forschungsdokumentation „Wohnungsbauförderung im Einzugsbereich des ÖPNV“
- „Kooperationsmodelle für Wohnungsnotfälle mit besonderem Betreuungsbedarf“

Für diese Vorhaben werden rd. 25 v.H. des Haushaltsansatzes 1997 veranschlagt.

Die Ansätze der Titelgruppe 70 stellen sich wie folgt dar:

526 70 Ausgaben für Gutachten, Sachverständige und Tagungen

Ansatz 1996 :	1.080.000,- DM
Entwurf 1997 :	1.080.000,- DM
Ist 1995 :	1.155.000,- DM
VE :	720.000,- DM (fällig 1998)

531 70 Veröffentlichung und Dokumentation

Ansatz 1996 :	135.000,- DM
Entwurf 1997 :	137.000,- DM
Ist 1995 :	1.000,- DM

Bedingt durch den Bearbeitungsstand von Forschungsvorhaben ist die Veröffentlichung einzelner Forschungsberichte aus dem Jahr 1996 auf das Haushaltsjahr 1997 verschoben worden. Einige Forschungsdokumentationen werden in der Schriftenreihe des LB aus Kapitel 14 070 veröffentlicht.

537 70 Untersuchungen durch Dienststellen und Einrichtungen des Landes

Ansatz 1996 :	450.000,- DM
Entwurf 1997 :	450.000,- DM
Ist 1995 :	211.000,- DM
VE :	160.000,- DM (fällig 1998)

Titelgruppe 71 - Für Planungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen -

Mit dieser Titelgruppe wird die Zielsetzung verbunden, zukunftsweisende, vorbildliche und überörtlich beispielhafte Lösungen für umweltverträgliches Bauen und Wohnen sowie den soziostrukturellen Wandel unterstützende neue Wohnformen und -konzepte zu planen und durch Wettbewerbe und Untersuchungsaufträge realisieren zu helfen.

Die Vergabe der Mittel erfolgt durch das Ministerium für Bauen und Wohnen.

Die Ansätze der TGr. 71 stellen sich wie folgt dar:

526 71 Ausgaben für Gutachten, Sachverständige und Tagungen

Ansatz 1996 :	400.000,- DM
Entwurf 1997 :	400.000,- DM
Ist 1995 :	405.000,- DM
VE :	280.000,- DM (fällig 1998)

Veranschlagt sind Ausgaben, die im Rahmen von Planungs- und Wettbewerbsaufträgen sowie Informationstagungen anfallen.

531 71 Veröffentlichungen und Dokumentationen

Ansatz 1996 :	80.000,- DM
Entwurf 1997 :	80.000,- DM
Ist 1995 :	0,- DM

Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen, die im Zusammenhang mit Planungs- und Wettbewerbsergebnissen für erforderlich gehalten werden.

Die Mittel sind im Jahre 1995 nicht abgeflossen, weil die beabsichtigte Dokumentation der Raesfelder Gespräche verschoben wurde.

537 71 Planungen durch Dienststellen und Einrichtungen des Landes

Ansatz 1996 :	160.000,- DM
Entwurf 1997 :	160.000,- DM
Ist 1995 :	58.000,- DM
VE :	80.000,- DM (fällig 1998)

Veranschlagt sind die Mittel für die Vergabe von Planungs- und Wettbewerbsaufträgen an Forschungsinstitute der Universitäten.

685 71 Planungen und Wettbewerbe durch Dritte

Ansatz 1996 :	160.000,- DM
Entwurf 1997 :	125.000,- DM
Ist 1995 :	-, DM
VE :	120.000,- DM (fällig 1998)

Veranschlagt sind u.a. Mittel für die Beteiligung des Landes an europäischen Wettbewerben.

Im Jahr 1995 hat keine Beteiligung an European stattgefunden, so daß die Mittel nicht abgeflossen sind.

883 71 Zuweisung an Gemeinden

Ansatz 1996	:	280.000,- DM
Entwurf 1997	:	280.000,- DM
Ist 1995	:	280.000,- DM
VE	:	280.000,- DM (fällig 1998)

Veranschlagt sind Mittel, die den Gemeinden für Planungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen als Zuschuß zu ihren Investitionen gewährt werden.

Kapitel 14 050

Förderung des Wohnungsbaus

I. Allgemeines

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat für die laufende Legislaturperiode beschlossen, jährlich mindestens 27.000 Wohneinheiten (WE) pro Jahr zu fördern. Dem entspricht das Wohnungsbauprogramm für 1997 mit einem Bewilligungsvolumen von (mindestens) 2.916 Mio. DM.

II. Bedeutsame Titel

Die bedeutsamen Titel dieses Kapitels stellen sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 1996 wie folgt dar :

Kapitel 14 050	Titel 861 11 (1. Förderungsweg)
Zweckbestimmung	Zuweisung der bei Titel 311 11 vereinnahmten Bundesdarlehen an die Wohnungsbauförderungsanstalt

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Verpflichtungsermächtigung (V)	Verpflichtungsermächtigung (V)	
25.953 (A)	24.876 (A)	39.845
34.415 (V)	34.443 (V)	

Zur Abwicklung eingegangener Verpflichtungen aus Förderprogrammen der Vorjahre wurden 19.880.000 DM und für die noch abzuschließende Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens für das Programmjahr 1997 weitere 6.073.000 DM veranschlagt. Insgesamt erhöht sich der Ansatz um 1.077.000 DM gegenüber 1996.

Kapitel 14 050	Titel 861 12 (2. Förderungsweg)
Zweckbestimmung	Zuweisung der bei Titel 311 12 vereinnahmten Bundesdarlehen an die Wohnungsbauförderungsanstalt

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Verpflichtungsermächtigung (V)	Verpflichtungsermächtigung (V)	
116.406 (A)	124.084 (A)	120.605
53.985 (V)	54.028 (V)	

Die Mittel in Höhe von 116.406.000 DM (- 7.678.000 DM gegenüber 1996) dienen der Abwicklung eingegangener Verpflichtungen aus Förderprogrammen der Vorjahre. Die erste „Barrate“ aus der noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens für das Programmjahr 1997 wird erst 1998 fällig.

Kapitel 14 050	Titel 891 13 (vereinbarte Förderung, § 88 d II. WoBauG)
Zweckbestimmung	Zuweisung der bei Titel 331 13 vereinnahmten Bundeszuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Verpflichtungsermächtigung (V)	Verpflichtungsermächtigung (V)	
326.063 (A)	340.763 (A)	317.455
226.739 (V)	226.917 (V)	

293.672.000 DM des Ansatzes dienen der Abwicklung eingegangener Verpflichtungen aus Förderprogrammen der Vorjahre, weitere 32.391.000 DM sind als 1. Rate aus der noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens für das Programmjahr 1997 veranschlagt. Insgesamt vermindert sich der Ansatz um 14,7 Mio. DM.

Kapitel 14 050	Titel 891 17 (Sonderprogramm des Bundes für Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage) - Abwicklung -
Zweckbestimmung	Zuweisung der bei Titel 331 17 vereinnahmten Bundeszuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt -Abwicklung-

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
71.296 (A)	71.296 (A)	75.388

Die Haushaltsmittel dienen der Abwicklung der von 1992 bis 1995 eingegangenen Verpflichtungen aus dem Förderprogramm.

III. Zu den Titelgruppen

Kapitel 14 050	Titelgruppe 60
Zweckbestimmung	(Zuweisungen des Landes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus)
	Titel 661 60 (Schuldendiensthilfen an die Wohnungsbauförderungsanstalt)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Verpflichtungsermächtigung (V)	Verpflichtungsermächtigung (V)	
23.000 (A)	87.500 (A)	55.526
0 (V)	55.000 (V)	

Bei Titel 661 60 (Schuldendiensthilfen) ist ein Ansatz in Höhe von 23 Mio. DM ausgebracht, weil nach dem genehmigten Finanzplan der Wfa in 1996 ein negativer Zinssaldo in entsprechender Höhe anfallen dürfte. Dieser ist vom Land gem. § 21 Abs. 4 des Wohnungsbauförderungsgesetzes vom 18.12.1991 (GV. NW. S. 562) der Wfa in 1997 zu erstatten. Infolge der Verzinsungsmaßnahmen ab 1. Juli 1996 ist für die Jahre 1997 und 1998 mit einem negativen Zinssaldo nicht mehr zu rechnen.

Kapitel 14 050	Titelgruppe 60
Zweckbestimmung	(Zuweisungen des Landes zur Förderung des sozialen sozialen Wohnungsbaus)
	Titel 891 60 (Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Verpflichtungs-ermächtigung (V)	Verpflichtungs-ermächtigung (V)	
504.641 (A)	569.380 (A)	575.848
315.139 (V)	315.388 (V)	

Bei Titel 891 60 sind die Komplementärmittel des Landes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus veranschlagt, ferner die Ausgaben für den Härteausgleich, für die Streckungsförderung und den Aussiedlerwohnungsbau. Der Ansatz vermindert sich im Vergleich zu 1996 um rund 64,7 Mio. DM auf 504.641.000 DM. Die Verpflichtungsermächtigung beläuft sich auf 315.139.000 DM.

Dieser Ansatz von	504.641.000 DM
setzt sich zusammen aus	
den Folgeraten der Wohnungsbauprogramme 1990 bis 1996 i. H. v.	349.086.000 DM,
den Folgeraten für das Sonderprogramm 1992 bis 1995 i. H. v.	69.941.000 DM,
der 1. Rate des Wohnungsbauprogramms 1997 i. H. v.	38.464.000 DM,
Härteausgleich i. H. v.	27.900.000 DM,
Streckungsförderung i. H. v.	2.700.000 DM,
Aussiedlerwohnungsbau i. H. v.	50.000 DM,
Sonderrücklage „Wohnungsbauförderungsanstalt NRW“ i. H. v.	16.500.000 DM.

Der Berechnung der Programmsumme von Bund und Land in Höhe von 353.603.000 DM lagen bei Beschlußfassung der Landesregierung über den Haushaltsentwurf 1997 die Annahmen zugrunde, daß der Bund dem Land im Jahre 1997 folgenden Verpflichtungsrahmen zuweisen wird :

1. Förderungsweg	40.488.000 DM	(1. Barrate	6.073.000 DM),
2. Förderungsweg	53.985.000 DM	(1. Barrate	erst 1998),
<u>Förderung gem. § 88 d II. WoBauG</u>	<u>259.130.000 DM</u>	<u>(1. Barrate</u>	<u>32.391.000 DM).</u>
<u>Summe</u>	<u>353.603.000 DM</u>	<u>(1. Barraten</u>	<u>38.464.000 DM).</u>

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung errechnet sich aus dem Verpflichtungsrahmen in Höhe von 353.603.000 DM abzüglich der Zahlungen 1997 in Höhe von 38.464.000 DM = 315.139.000 DM.

Kapitel 14 050	Titelgruppe 61
Zweckbestimmung	Zuweisungen aus der Fehlbelegungsabgabe zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues
	Titel 891 61 (Zuweisungen des Aufkommens bei Titel 111 21 und 111 23 an die Wohnungsbauförderungsanstalt)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
190.000 (A)	205.000 (A)	156.749

Das Aufkommen aus der Fehlbelegungsabgabe dient der Mitfinanzierung des noch aufzustellenden Wohnungsbauprogramms 1997. Nach Abzug der Verwaltungskostenbeiträge (vgl. Art. II Nr. 9 Abs. 2 AFWoG NW) wird es den Städten und Kreisen zur Förderung des Baues von Sozialwohnungen bereitgestellt. Nach vorsichtigen Berechnungen vermindern sich die Einnahmen 1997 aufgrund der Höchstbetragskappung (Beschränkung der Fehlbelegungsabgabe auf den Unterschiedsbetrag zwischen gezahlter Miete und der ortsüblichen Vergleichsmiete) und des sinkenden Sozialwohnungsbestandes jährlich um etwa 15 Mio. DM.

Kapitel 14 050	Titelgruppe 81
Zweckbestimmung	Neuschulden für den Wohnungsbau - Schuldendienst für beim Bund aufgenommene Wohnungsbaudarlehen -
	Titel 561 81 (Zinsen)
	581 81 (Tilgungen)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Titel 561 81 : 32.600 (A)	31.800 (A)	28.087
Titel 581 81 : 90.600 (A)	87.800 (A)	84.300

Bei Titelgruppe 81 sind die dem Bund zu erstattenden Anteile an den Rückflüssen aus Zinsen und Tilgungen ausgeliehener Wohnungsbaudarlehen gemäß § 3 WoBauZTV vom 14.9.1990 mit insgesamt 123,2 Mio. DM veranschlagt.

Aufgrund gestiegener Tilgungseingänge und der Einbeziehung weiterer Baudarlehen in die Verzinsung erhöhen sich die Ansätze um 3,6 Mio. DM.

Im einzelnen:

Die Ursprungskapitalien der ausgeliehenen Darlehen betragen zum 1. Januar 1996

Land:	43.617.335.073 DM
Bund:	<u>8.136.663.157 DM</u>
	51.753.998.230 DM.

Für 1996 beträgt der Bundesanteil 15,72 v.H.; dieser Anteil wird für den 1997 fälligen Bundesanteil voraussichtlich auf etwa 15 v.H. absinken.

Bei Titel 561 81 muß dennoch mit einer Erhöhung des Bundesanteils gerechnet werden, weil zum 1. Juli 1996 weitere Darlehen in die Verzinsung einbezogen und schon verzinste Darlehen einer erweiterten Verzinsung unterworfen worden sind. Der Tilgungsanteil des Bundes (Titel 581 81) wird - trotz der verringerten prozentualen Anteile des Bundes - wahrscheinlich wegen der erhöhten Tilgungseingänge steigen.

Kapitel 14 050	Titelgruppe 84
Zweckbestimmung	Neuschulden für den Wohnungsbau - Schuldendienst für Darlehen des Bundes für den 2. Förderungsweg -
	Titel 561 84 (Zinsen)
	581 84 (Tilgungen)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Titel 561 84 :		
35.000 (A)	15.000 (A)	11.518
Titel 581 84 :		
130.000 (A)	70.000 (A)	63.863

Bei Titelgruppe 84 sind die dem Bund zu erstattenden Anteile an den Rückflüssen aus Zinsen und Tilgungen für ausgeliehene Aufwendungsdarlehen gemäß § 11 WoBauZTV vom 14.9.1990 mit insgesamt 165 Mio. DM veranschlagt.

Dazu im einzelnen:

Die Ursprungskapitalien betragen zum 1. Januar 1996

Land:	826.045.057 DM
Bund:	<u>2.289.056.514 DM</u>
	3.115.101.571 DM.

Für 1996 beträgt der Bundesanteil 73,74 v.H.; dieser Anteil wird für die 1996 fälligen Bundesanteile voraussichtlich auf etwa 73,0 v.H. absinken.

Bei Titel 561 84 (Zinsen) wird für 1997 mit einem Bundesanteil von 35 Mio. DM gerechnet. Bei dem Tilgungsanteil des Bundes ist - trotz des um 0,74%-Punkte verringerten prozentualen Anteils des Bundes - für 1997 mit einem Bundesanteil von 130 Mio. DM zu rechnen, weil bei den Aufwendungsdarlehen des 2. Förderungsweges der Anteil der außerplanmäßigen Tilgungen außerordentlich hoch ist und steigende Tendenz aufweist.

Durch die zum 1. Juli 1996 vorgenommene Einbeziehung weiterer Aufwendungsdarlehen (AWD) in eine Verzinsung dürfte es aufgrund der anhaltenden günstigen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt (im 5-jährigen Bereich liegen die Zinsen derzeit unterhalb der 6 v.H. Zin-

sen für AWD und des bis zu 0,5 prozentigen Verwaltungskostenbeitrages) zu stark steigenden außerplanmäßigen Tilgungen kommen, die die Ansatzserhöhung um 80 Mio. DM rechtfertigen. Die ersten Auswirkungen der günstigen Hypothekenzinsen am Kapitalmarkt zeigten sich bereits 1995: Für das Haushaltsjahr 1996 mußte das Finanzministerium aufgrund der nicht vorhersehbaren außerplanmäßigen Tilgungseingänge bei der darlehnsverwaltenden Wfa NRW zum Jahresende 1995 in überplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von rund 24 Mio. DM einwilligen. Denn die Ist-Ausgabe 1996 beträgt bei

Titel 561 84	22.541 TDM (+ 11.023 TDM im Vergleich zu 1995)
Titel 581 84	94.921 TDM (+ 31.058 TDM im Vergleich zu 1995)

und lag damit erheblich über den entsprechenden Ansätzen in Höhe von 85 Mio. DM.

Kapitel 14 060

Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau

I. Allgemeines

Im Kapitel 14 060 sind im wesentlichen die Aufwendungen für die Zahlung von Wohngeld aufgrund des Wohngeldgesetzes, die Abwicklung der Programme „Bausparzwischenfinanzierung 1990“ und „Förderung der Modernisierung von Wohnungen und energiesparenden Maßnahmen nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz“ sowie die Rück-einnahmen aus Darlehen des Landes veranschlagt. Die genannten Maßnahmen - außer Wohngeld - werden treuhänderisch von der Wohnungsbauförderungsanstalt (Wfa) Nord-rhein-Westfalen verwaltet.

II. Nennenswerte Titel

Die nennenswerten Titel stellen sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 1996 wie folgt dar:

Kapitel 14 060	Titelgruppe 67
Zweckbestimmung	Rückerstattungen aus Festbetragsdarlehen, die bis zum 31. Dezember 1968 zur Errichtung von Familienheimen, eigen-genutzten Eigentumswohnungen und Kaufeigentumswoh-nungen sowie im Rahmen von Umsetzungsmaßnahmen be-willigt worden sind.
	Titel 162 67 (Zinsen) 182 67 (Tilgungen)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Titel 162 67 :		
91 (A)	154 (A)	101
Titel 182 67 :		
1.668 (A)	2.775 (A)	1.767

Die Darlehensrückflüsse wurden von der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW geschätzt.

Kapitel 14 060	Titelgruppe 76
Zweckbestimmung	Rückerstattungen aus Darlehen des gemeinsamen Modernisierungsprogramms Bund/Länder
	Titel 162 76 (Zinsen)
	182 76 (Tilgungen)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Titel 162 76 :		
15 (A)	32 (A)	16
Titel 182 76 :		
7.027 (A)	8.234 (A)	2.745

Die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen wurden von der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW geschätzt.

Kapitel 14 060	Titelgruppe 82
Zweckbestimmung	Rückerstattungen aus von der Wohnungsbauförderungsanstalt gewährten Wohnungsfürsorgemitteln für Landesbedienstete, die bis zum 31. Dezember 1985 bewilligt worden sind
	Titel 162 82 (Zinsen)
	182 82 (Tilgungen)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
Titel 162 82 :		
6.454 (A)	7.306 (A)	2.450
Titel 182 82 :		
28.561 (A)	32.584 (A)	10.636

Die Einnahmeansätze beruhen auf Schätzungen der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW.

Kapitel 14 050	Titel 661 10
Zweckbestimmung	Zinszuschüsse zur Bausparzwischenfinanzierung 1990 - Abwicklung -

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
- (A)	1.000 (A)	139

Die Ausgaben, die zu 90 % vom Bund getragen werden, dienen der Abwicklung des Sonderprogramms „Bausparzwischenfinanzierung 1990“. Das Programm dürfte im Haushaltsjahr 1996 abgewickelt sein. Evtl. Einnahmen werden bei Titel 251 10 gebucht.

Kapitel 14 060	Titel 681 10
Zweckbestimmung	Wohngeld nach dem Ersten Teil des Wohngeldgesetzes

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
630.000 (A)	600.000 (A)	603.088

Die Mittel werden für die „allgemeinen“ Wohngeldzahlungen verwendet. Nachdem die Ausgaben in den letzten Jahren rückläufig waren, stiegen sie im Laufe des Haushaltsjahres 1995 - wenn auch relativ geringfügig - wieder an. Diese Entwicklung bestätigt sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1996. Der Ansatz wurde daher an den voraussichtlichen Bedarf angepaßt.

Kapitel 14 060	Titel 681 20
Zweckbestimmung	Wohngeld nach dem Fünften Teil des Wohngeldgesetzes

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
1.200.000 (A)	1.060.000 (A)	882.575

Die Mittel werden für „pauschalierte“ Wohngeldzahlungen an Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge benötigt. Da die Höhe des „pauschalierten“ Wohngeldes nur durch die im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft bestimmt sind, führt eine Erhöhung der Miete ohne zeitliche Verzögerung zu einer Erhöhung des „pauschalierten“ Wohngeldes. Aufgrund weiter steigender Mieten und Mietnebenkosten sowie der stetigen Zunahme der Empfängerzahlen durch Langzeiterwerbslosigkeit ist der Mittelbedarf zu erhöhen.

Kapitel 14 060	Titelgruppe 90
Zweckbestimmung	Förderung der Modernisierung von Wohnungen und energiesparender Maßnahmen - Abwicklung -
	Titel 891 90 (Zuschüsse)

Entwurf 1997 (TDM)	Ansätze 1996 (TDM)	Ist 1995 (TDM)
Ansatz (A)	Ansatz (A)	
10 (A)	100 (A)	176

Die Ausgaben, die je zur Hälfte vom Bund und vom Land getragen werden, werden zur Abwicklung der bis 1982 aufgelegten Förderprogramme verwendet. Die Anpassung des Ansatzes erfolgte aufgrund der Bedarfsschätzung der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW.

Die Bundeserstattungen werden bei Titel 331 20 vereinnahmt.

Kapitel 14 070

Staatliche Bauverwaltung

Personalsoll des Einzelplans 14 Kapitel 14 070

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte	184 -1	320 -6	1	-	505	512	-7
Beamtete Hilfskräfte	-	9 -8	-	-	9	17	-8
Angestellte	99	1748 -139	904 -45	- -2	2751	2937	-186
Arbeiter	-	-	-	107 -8	107	115	-8
<hr/>							
Titelgruppen 79/80							
Planmäßige Beamte	1	4 -2	-	-	5	7	-2
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	-	3 -2	-	-	3	5	-2
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-
<hr/>							
Insgesamt	284 -1	2.084 -157	905 -45	107 -10	3.380	3.593	-213
Beamte im Vorbereitungsdienst	93 +9	20	-	-	113	104	+9
Auszubildende	-	-	83	-	83	83	-

I. Allgemeines

Die Personal- und Sachkosten für die Übernahme der Baumaßnahmen des Bundes bzw. der Streitkräfte werden dem Land in voller Höhe erstattet (Titel 231 10 und 236 00).

II. Personalhaushalt der Staatlichen Bauverwaltung

Der Entwurf des Haushaltsplans 1997 weist bei Kapitel 14 070 insgesamt 3.380 Stellen für die Staatlichen Bauämter aus, und zwar

- 505 Planstellen für Beamtinnen und Beamte,
- 9 Stellen für Beamtinnen und Beamte zur Anstellung,
- 2.751 Stellen für Angestellte,
- 107 Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter,
- 5 Planstellen für Beamtinnen und Beamte der Titelgruppen 79 und 80 sowie
- 3 Stellen für Angestellte der Titelgruppen 79 und 80.

Im Vergleich zum Haushalt 1996 ergeben sich folgende Veränderungen:

Haushaltsplan 1996 (Staatliche Bauämter)		3.590 Stellen
Umsetzungen gem. § 50 Abs. 1 LHO aus Kapitel 14 010 (Fernmeldetechnischer Dienst)	+	3 Stellen
Verlagerung von 3 Stellen und 5 Planstellen zum Landesinstitut für Bauwesen in Aachen (hiervon 1 Stelle kw gem. § 42 LPVG)	-	8 Stellen
Umsetzung von 1 Stelle mit kw-Vermerk in das Kapitel der Universität Dortmund (06 160)	-	1 Stelle
Verlagerung von 2 Stellen aus Kapitel 12 070 (Oberfinanzdirektionen) mit kw-Vermerk	+	2 Stellen
Umsetzung einer Stelle mit kw-Vermerk gem. § 42 LPVG in das Kapitel 03 310 (Bezirksregierung Amsberg)	-	1 Stelle
Wegfall von 183 Stellen für Angestellte, 2 Planstellen, 8 Stellen für beamtete Hilfskräfte und 8 Stellen für Arbeiterinnen/Arbeiter	-	201 Stellen
Wegfall von 4 Planstellen und Stellen in den Titelgruppen 79 und 80	-	<u>4 Stellen</u>
Haushaltsentwurf 1997 (Staatliche Bauämter)		<u>3.380 Stellen</u>

Damit sind von den als Ergebnis der Organisationsuntersuchung ursprünglich ausgebrachten insgesamt 1.285 kw-Vermerken innerhalb von 2 Jahren (1995 und 1996) schon 301 kw-Vermerke (über 27 v.H.) erwirtschaftet worden.

Insgesamt sind als Ergebnis der Organisationsuntersuchung der Staatlichen Bauverwaltung somit noch 984 kw-Vermerke zu realisieren.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß eine Anpassung der Wertigkeit der kw-Vermerke mit der Veränderung der Arbeitsablauf- und Aufbauorganisation der Bauämter entsprechend den Vorschlägen des Gutachters wegen anfallender höherwertiger Tätigkeiten notwendig werden kann. Zu den Veränderungen im einzelnen:

1. Veränderungen bei den Planstellen und Stellen für beamtete Hilfskräfte (Titel 422 10- Bezüge der Beamten -)

1.1 Planstellen

Die Zahl der Planstellen im Kapitel 14 070 verringert sich insgesamt um 9. Die Veränderungen gegenüber dem Haushaltsjahr 1996 ergeben sich aus der Verlagerung in das Kapitel 14 071 des Landesinstituts für Bauwesen in Aachen (- 5 Planstellen) sowie aus der Realisierung von 4 kw-Vermerken, und zwar 2 aus der Organisationsuntersuchung 1994, je 1 bei den Titelgruppen 79 und 80.

Danach sind noch insgesamt 66 Planstellen (62 bei Kapitel 14 070; 4 bei Kapitel 14 071) abzubauen.

Die Gründe für eine Umsetzung von Planstellen in das Landesinstitut für Bauwesen sind bei Kapitel 14 071 erläutert.

1.2 Stellen für beamtete Hilfskräfte

Gegenüber dem Haushaltsjahr 1996 konnten 8 Stellen der Besoldungsgruppe A 10 z.A. BBesO durch die Realisierung von kw-Vermerken wegfallen.

Somit sind noch 9 Stellen für beamtete Hilfskräfte abzubauen.

2. Veränderungen bei den Stellen für Angestellte (Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten-)

Die Zahl der Stellen für Angestellte verringert sich per Saldo um 188:

- 149 Stellen Orga-Untersuchung 1994
- 34 Stellen kw ab 01.01.1995
- 5 Stellen verlagert in andere Einzelpläne bzw. Kapitel
- 2 Stellen kw zum 31.12.1996 (Titelgruppen 79 und 80)
- + 2 Stellen (kw) verlagert aus Kapitel 12 070 (OFD).

Die zum 31.12.1996 wegfallenden 183 Stellen bei Titel 425 10 (Vergütung der Angestellten) verteilen sich wie folgt auf die Vergütungsgruppen:

- 7 Stellen der Verg.Gr. II a (g.D.) BAT
- 28 Stellen der Verg.Gr. II a/III BAT
- 97 Stellen der Verg.Gr. III/IV a BAT
- 6 Stellen der Verg.Gr. IV b/V b BAT
- 3 Stellen der Verg.Gr. V b BAT
- 2 Stellen der Verg.Gr. V b/V c BAT
- 3 Stellen der Verg.Gr. V c BAT
- 4 Stellen der Verg.Gr. V c/VI b BAT
- 2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- 4 Stellen der Verg.Gr. VI b/VII BAT
- 2 Stellen der Verg.Gr. VII BAT
- 18 Stellen der Verg.Gr. VII/VIII BAT
- 5 Stellen der Verg.Gr. VII/VIII BAT (Realisierung der kw-Vermerke bei Kapitel 14 020)
- 2 Stellen der Verg.Gr. IX a/IX b BAT.

Bei Titelgruppe 79 fällt eine Stelle Verg.Gr. IV a BAT, bei Titelgruppe 80 eine Stelle der Verg.Gr. III BAT weg. Ferner wurden 5 Stellen umgesetzt, und zwar:

- 1 Stelle Verg.Gr. II a BAT umgesetzt nach Kapitel 03 310 (kw- § 42 LPVG)
- 1 Stelle Verg.Gr. II a BAT umgesetzt nach Kapitel 14 071 (kw - § 42 LPVG).

Die Stellen wurden für den zu 100 v.H. freigestellten Vorsitzenden des Hauptpersonalrats beim MBW und den zu 100 v.H. freigestellten Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten an ihre Beschäftigungsbehörden umgesetzt.

- 1 Stelle Verg.Gr. IV a/IV b BAT umgesetzt mit kw-Vermerk nach Kapitel 06 160

Die Bedienstete (Dolmetscherin) hat nach Abzug der Gaststreitkräfte beim Staatlichen Bauamt keine adäquaten Aufgaben mehr. Sie soll deshalb mit ihrer kw-Stelle an die Universität Dortmund umgesetzt werden.

- 1 Stelle Verg.Gr. V b BAT (kw Organisationsuntersuchung 1994),
 - 1 Stelle Verg.Gr. VI b BAT (kw Organisationsuntersuchung 1994)
- umgesetzt nach Kapitel 14 071 (LB).

Die für die Abwicklung des REN-Programms zuständige Außenstelle Dortmund des LB muß personell verstärkt werden. Die Zahl der Antragseingänge ist so hoch, daß diese durch die dort eingesetzten Bediensteten kaum in einem angemessenen Zeitraum bearbeitet werden können. Neben den 4 Planstellen (kw) werden daher zwei Mitarbeiterstellen umgesetzt.

- + 2 Stellen der Verg.Gr. II a/III BAT (kw ab 01.01.1995 - Organisationsuntersuchung (BVP 1993))

wurden aus Kapitel 12 070 (OFD - Staatliche Bauverwaltung) verlagert.

Den Angestellten kann in der Vorprüfungsstelle keine angemessene Aufgabe mehr zugewiesen werden. Sie sollen daher an Staatliche Bauämter in Köln versetzt werden, wo sie entsprechend ihrer Vorbildung eingesetzt werden können.

3. Veränderung bei den Arbeiterinnen und Arbeitern (Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter -)

Im Haushaltsplan 1996 sind 115 Stellen für Arbeiter ausgebracht, die aufgrund des Gutachtens allesamt mit kw-Vermerken versehen sind. Im Haushaltsvollzug 1996 fallen insgesamt 8 dieser Stellen weg, und zwar

- 2 Stellen der Lohngruppe MTL 1 a/1 (Reinigungsdienst) und
- 6 Stellen der Lohngruppe MTL P 4 a/4 (Fahrdienst).

Somit sind noch die 107 im Haushaltsentwurf 1997 ausgebrachten Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter abzubauen.

Übersicht
über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1998		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
am 01.07.1996							
1	2	3	4	5	6	7	8
A 16 Z	LRBD/-in, LRD/-in mit Amtszulage	8	8	7	-	-	
A 16	LRBD/-in, LRD/-in	15	15	10	-	1	
A 15	RBD/-in, RD/-in	63	64	64	-	-	
A 14	ORBR/-in, ORR/-in, OBR/-in	68	66	56	-	-	
A 13	RBR/-in, RR/-in, BR/-in	30	32	17	13	-	
Zw.Sa.		184	185	154	13	1	
A 13 Z	RBOAR/-in, ROARI/-in, BVOAR/-in, BOAR/-in, mit Amtszulage	10	10	8	-	-	
A 13	RBOAR/-in, ROAR/-in, BVOAR/-in, BOAR/-in	35	36	33	-	-	
A 12	RBAR/-in, RAR/-in, BVAR/-in, BAR/-in, davon 1 (1)kw (§42 LPVG)	101	103	103	-	-	
A 11	RBA/-RBAfr., RA/RAfr. BVA, BVAfr., BA/BAfr.	125	127	126	-	-	
A 10	RBOI/-in, ROI/-in, BVOI/-in	49	49	55	1	-	
Zw.Sa.		320	326	325	1	-	
A 9	RAI/-in	1	1	1	-	-	
Zw.Sa.		1	1	1	-	-	
	Insgesamt:	505	512	480	14	1	-

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht
über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1997

Bes.Gr. bzw. Bezeichnung (jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte geführten	
				beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
A 13 z.A. A 10 z.A.	a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.), Assistenten (z.A.), Regierungsrätinnen (z.A.), Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.					
	-	-	-	13	-	-
	9	17	7	1	1	-
Zusammen a)	9	17	7	14	1	-
A 12	b) sonstige Beamtinnen und Beamte Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.					
	1	1	1	-	-	-
	1	1	1	-	-	-
Zusammen b)	1	1	1	-	-	-
Insgesamt	10	18	8	14	1	-

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
				geführten		
I	-	-	-	1		
I a	5	5	4			
I b	32	32	28			
I b/II a	62	62	51			
II a	166	175	159			
II a/III	629	655	613			
III/IV a	635	732	669,5			
IV a/IV b	269	270	245		1	
IV b	1	1	-			
IV b/V b	48	54	47			
V b	140	144	133,5			
V b/V c	171	173	164,75			
V c	23	26	25			
V c/VI b	84	88	84,9			
VI b	60	63	61,5			
VI b/VII	140	144	141,5			1,5
VII	25	27	26			
VII/VIII	261	284	274,5			2,0
IX a/IXb	-	2	2			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-			
Zusammen	2751	2937	2730,15	1	1	3,5
Auszubildende	83	83	72	-	-	-

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiterinnen u. Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
geführten Arbeiterinnen u. Arbeiter						
MTL 7a-6	1	1	1			
MTL 6a-5	5	5	4			
MTL 5a - 4	10	10	10			
MTL 4a-3	3	3	4			0,5
MTL 3a-2a	7	7	8			1,5
MTL 1a/1	9	11	8			1,5
MTLP P 4a/4	72	78	63			
Zusammen	107	115	98	-	-	3,5
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

Übersicht

**über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)
für das Haushaltsjahr 1997**

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamtinnen und Beamte zur Ausbildung annehmen.)

Übersicht über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)

	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10)								Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (Titel 422 10)					
	Stellen- zahl 1996	Vorgesehene Neueinstellun- gen im Haus- haltsjahr		Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, die ein- gestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1996	Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten zur Anstellung, deren Probezeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr				
		1997	1996	1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt		1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt
Kapitel 14 070														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16	84	20	15	8	9	-	-	17	-	8	2	2	1	13
Techn. Dienst														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13	20	-	-	-	-	-	-	-	17	1	7	-	-	8
Techn. Dienst														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														

Die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung sind nach den nichttechnischen und den verschiedenen technischen Laufbahnen aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.

Altersstand der planmäßig angestellten Beamtinnen und Beamten (Titel 422 10)

Zahl der Planstellen 1996	Zahl der am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten	Von den am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten erreichen die Altersgrenze voraussichtlich im Haushaltsjahr							Erläuterungen
		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
185	154	1	1	3	1	2	2	6	höherer Dienst
328	325	1	-	3	3	8	4	7	gehobener Dienst
1	1	-	-	-	-	-	-	-	mittlerer Dienst

Übersicht

über die Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter), Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf Leerstellen geführt werden und deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe/ Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Zahl der am 01.07.1996 auf Leerstellen geführten Bediensteten, deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden
1	2	3
Fehlanzeige		

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1997

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.07.1996
		1997	1996		
1	2	3	4	5	6
A 14	ORBR/-in, ORR/-in, OBR/-in	1	1	§ 85 a LBG	-
A 12	RBAR/-in, RAR/-in BVAR/-in, BAR/-in	2	2	§ 85 a LBG	2
A 10	RBOI/-in, ROI/-in, BVOI/-in	4	4	2 x § 85 a LBG 2 x Erz.-Urlaub	4
Zwischensumme	Planstellen	7	7		6
II a		1	1	analog § 85 a LBG	1
III/IV a		3	3	analog § 85 a LBG	3
IV a/IV b		3	3	analog § 85 a LBG	1
V b/V c		1	1	Erz.-Urlaub	-
V c		1	1	Erz.-Urlaub	1
V c/VI b		1	1	Erz.-Urlaub	1
VI b		2	2	1 x Erz.-Urlaub 1 x analog § 85 a LBG	1
VI b/VII		2	2	1 x analog § 85 a LBG	2
VII		2	2	1 x analog § 85 a LBG	1
VII /VIII		6	6	3 x analog § 85 a LBG 2 x anal. § 78 b LBG 1 x Erz.-Urlaub	6
Zwischensumme:	Angestellte	22	22		16
insgesamt:		29	29		22

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1996		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
am 01.07.1996							
1	2	3	4	5	6	7	8
A 13	RBOAR/-in, ROARI/-in BVOAR/-in, BOAR/-in	1	1	-	-	1	
A 12	RBAR/-in, RAR/-in BVAR/-in, BAR/- in,	1	1	1	-	-	
A 11	RBA/-RBAfr., RA/RAfr. BVA, BVAfr., BA/BAfr.	-	1	1	-	-	
A 10	RBOI/-in, ROI/-in, BVOI/-in	2	2	-	1	-	
Insgesamt:		4	5	2	1	1	

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
				Angestellten	beamtete Hilfskräfte	Angestellte
			geführten			
			Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter	
II a	1	1	-			
III	1	1	-			
IV a	-	1	-			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-			
Zusammen	2	3	-			
Auszubildende						

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1998		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
am 01.07.1996							
1	2	3	4	5	6	7	8
A 14	ORBR/-in, ORR/-in, OBR/-in	1	1	1			
Zw.Sa.		1	1	1			
A 12	RBAR/-in, RAR/-in, BVAR/-in, BAR/-in	-	1	-			
Zw.Sa.		-	1	-			
Zw.Sa.							
	Insgesamt:	1	2	1			

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1998	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
				Angestellten	beamtete Hilfskräfte	Angestellte
					geführten	
Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter				
II a	1	1	1			
III	-	1	-			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-			
Zusammen	1	2	1			
Auszubildende						

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

III. Sachhaushalt

Im Haushaltsjahr 1997 umfaßt das Kapitel 14 070 ausschließlich die Einnahmen, Ausgaben, Planstellen und Stellen für die Staatliche Bauverwaltung. Die Ansätze für das Landesinstitut für Bauwesen wurden aus der Titelgruppe 71 (1996) in das Kapitel 14 071 (neu) umgesetzt. Für die Fortbildungseinrichtung des MBW wurde ebenfalls ein eigenens (neues) Kapitel 14 072 eingerichtet. Diese Umsetzungen sind im großen und ganzen ausgabenneutral.

Die Ausgaben dieses Kapitels - ohne Personalausgaben und bereinigt um die Titelgruppen 70 und 71 - sind von 87.978.000 DM im Jahre 1996 um 12,26 v.H. auf 77.194.000 DM zurückgeführt worden.

Im Haushaltsjahr 1997 wird als ein Instrument der neu geschaffenen Steuerungsmodelle die Variante der „Flexibilisierung“ bei der Bewirtschaftung der Ausgaben für die Staatliche Bauverwaltung eingeführt. Zur Vermeidung von Wiederholungen darf auf die Haushaltsvermerke Nr. 1 bis 5 bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben und den Ausgaben für Investitionen hingewiesen werden. Der Ausgabenrückgang ist zum einen aus der sog. Flexibilisierungsdividende (3 v.H), die vom Finanzministerium als „Gegenleistung“ für die volle Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 und der Obergruppe 81 festgelegt wurde, herzuleiten, zum anderen aus dem rückläufigen Bedarf bei den Ausgaben für die Automatisierte Datenverarbeitung (Titelgruppe 60) i.H.v. ca. 9 Mio. DM.

Die zum Teil deutlich unter den Vorjahreswerten liegenden Ansätze sind Folge des in den Haushaltsverhandlungen so festgelegten Gesamtergebnisses für die Sächlichen Verwaltungsausgaben und für die sonstigen Investitionen. Das dem MBW zugestanden Ausgabevolumen bei der Hauptgruppe 5 bzw. der Obergruppe 81 war auf die jeweiligen Titel bedarfsgerecht zu verteilen.

Als wesentliche Ausgabenveränderungen bei der Staatlichen Bauverwaltung sind zu nennen:

511 10 Geschäftsbedarf

Ansatz 1996 :	2.490.000,- DM
Entwurf 1997 :	2.200.000,- DM
Ist 1995 :	2.301.000,- DM

Der niedrigere Ansatz erklärt sich aus dem stetigen Rückgang der Ausgaben als Folge des Stellenabbaus. Für evtl. Mehrausgaben steht Titel 548 00 (Globale Mehrausgaben) zur Verfügung.

517 10 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz 1996 :	5.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	4.700.000,- DM
Ist 1995 :	4.623.000,- DM

Der um 300.000 DM niedrigere Ansatz berücksichtigt die Schließung von Bauleitungen und die Zusammenlegung von Dienststellen in Auswertung des Organisationsgutachtens. Demgegenüber waren zumindest 2 v.H. zusätzliche Ausgaben für Preissteigerungen bei den öffentlichen Abgaben und der Reinigung zu berücksichtigen.

518 10 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz 1996 :	8.150.000,- DM
Entwurf 1997 :	8.400.000,- DM
Ist 1995 :	8.010.000,- DM

In 1997 stehen etatreifen Mieterhöhungen von 666.000 DM Einsparungen i.H.v. 416.000 DM durch Aufgabe verschiedener Mietobjekte gegenüber. Hieraus erklärt sich die Ansatz-erhöhung von 250.000 DM. Von den Mietpreissteigerungen entfallen 57,8 v.H. allein auf das Mietobjekt „Nördlicher Zubringer 5“. Zu berücksichtigen ist auch, daß als Folge der im Organisationsgutachten festgeschriebenen Personalreduzierungen in der Staatlichen Bauverwaltung zwar auf Sicht der Raumbedarf geringer wird, dies aber nicht in jedem Fall unmittelbar zur Aufgabe von Räumlichkeiten führen kann. Dieser Effekt kann z.T. erst zeitverzögert eintreten.

525 10 Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten

Ansatz 1996 :	300.000,- DM
Entwurf 1997 :	150.000,- DM
Ist 1995 :	171.000,- DM

Da eine Ausbildung im gehobenen bautechnischen Dienst für 1997 nicht vorgesehen ist, konnte der Ansatz deutlich verringert werden.

527 10 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

Ansatz 1996 :	2.500.000,- DM
Entwurf 1997 :	2.100.000,- DM
Ist 1995 :	2.245.000,- DM

Der um 400.000 DM niedrigere Ansatz erklärt sich im wesentlichen aus dem Stellenabbau. Wegen des Rückgangs der Bundesbauaufgaben sind auch insoweit weniger Dienstreisen zu den bundeseigenen Liegenschaften notwendig.

546 11 (neu) Erstattung von Steuern auf Bauleitungsvergütungen

Ansatz 1996 :	-, DM
Entwurf 1997 :	30.000,- DM
Ist 1995 :	-, DM

Die Staatliche Bauverwaltung erbringt Bauleistungen für Dritte, wie z.B. Kirchen, Studentenwerke und Kommunen. In der Vergangenheit war es strittig, ob diese Leistungen umsatzsteuerpflichtig sind. Die Steuerreferenten des Bundes und der Länder haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, daß auch auf diese Leistungen Umsatzsteuer anfällt. Als Folge dieser Entscheidung wird dieser Titel neu ausgebracht und - wegen der Unwägbarkeit der Höhe der Ausgaben - mit dem Zufließvermerk „Einnahmen bei Titel 271 00 aufgrund von Honorarverträgen erhöhen den Ansatz dieses Titels.“ versehen.

546 30 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen

Ansatz 1996 :	250.000,- DM
Entwurf 1997 :	150.000,- DM
Ist 1995 :	127.000,- DM

In Fortführung der auf dem Gutachten der Fa. Mummert + Partner basierenden organisatorischen Maßnahmen werden auch in 1997 höhere Ausgaben für Umzüge erforderlich.

548 00 Globale Mehrausgaben

Ansatz 1996 :	400.000,- DM
Entwurf 1997 :	700.000,- DM
Ist 1995 :	-, DM

Durch den vom Gutachter angeregten Stellenabbau u.a. im Fahrdienst, im Hausmeister- und Reinigungsdienst, bei der Lichtpauserei/Vervielfältigung und im Übersetzungsdienst fallen mit Abbau der Stellen Mehrausgaben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben an. Betroffen sind insbesondere die Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bewirtschaftung der Grundstücke und die Reisekosten.

Der Gutachter hat - je nach wegfallender Tätigkeit - die Mehrausgaben beziffert. Die Berechnung des Ansatzes beruht hierauf. Gegengerechnet wurden Einsparungen bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben wegen des Stellenabbaus (5 v.H. der Personalausgaben pro Stelle). Saldiert waren daher 700.000 DM für Mehrausgaben anzusetzen.

Titelgruppe 60 **Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung**

(1)

Allgemeine Erläuterungen

Seit 1993, dem Beginn des flächendeckenden DV-Einsatzes, sind für die Staatliche Bauverwaltung insgesamt 2400 Personalcomputer (PC) beschafft worden, so daß zum Stand Dezember 1996 ca. 2.900 DV-Arbeitsplätze in den Staatlichen Bauämtern installiert sein werden. Mit diesem Ausstattungsgrad ist dann das vom Gutachter vorgegebene Sollziel von 75v.H. erreicht.

Eine weitere Zielvorgabe, die in allen Staatlichen Bauämtern flächendeckende Verkabelung, ist sowohl im passiven Bereich (Kabelverlegung einschl. aller Bauarbeiten) als auch im aktiven Bereich (Installation von Routern, Anschluß der DV-Arbeitsplätze mit LWL-Netzkarten - Fibre to the Desk) weitgehend abgeschlossen. Durch den Anschluß der Außenstellen und Bauleitungen über ISDN-Verbindungen wird ein virtuelles Lokales Netz (LAN) realisiert. Alle Amtsangehörigen, egal wo ihr Arbeitsplatz ist, bilden dann ein logisches Netz. Damit verfügt die Bauverwaltung in allen Staatlichen Bauämtern einschl. deren Außenstellen über ein modernes, auf Glasfasertechnologie basierendes Lokales Netz (LAN), über welches amtsintern, amtsübergreifend und auch verwaltungsübergreifend ein Daten- und Nachrichtenaustausch sowohl untereinander als auch z.B. mit freischaffenden Architektur- und Ingenieurbüros ermöglicht wird.

Im Bereich der fachtechnischen Softwareausstattung sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. In allen Bereichen stehen, teilweise über das Bund-/Länder Gemeinschaftsvorhaben ISYBAU finanziert, Fachprogramme und Standardprogramme an den Arbeitsplätzen zur Verfügung. Mit der Einführung eines Mailing-Systems auf der Basis X.400 sind damit die wesentlichen Voraussetzungen zur effizienten Arbeitserledigung geschaffen worden.

Die flächendeckende Einführung eines 2D-CAD-Programms ist auf hohe Akzeptanz bei den Bediensteten in den Bauämtern gestoßen. Im Rahmen eines mittlerweile fertiggestellten Grafischen Konzeptes wird auch die Einführung von 3D-CAD-Programmen empfohlen, weil sich in der Zwischenzeit wirtschaftlichere Alternativen ergeben haben. Durch die breite Anwendung von CAD an allen technischen Arbeitsplätzen ist die elektronische Planarchivierung zwingend erforderlich. Die Erprobung in einem Staatlichen Bauamt wird in 1996 abgeschlossen sein. Der flächendeckende Einsatz soll 1997 erfolgen.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Bauvorhaben wird für die Kostenplanung eine DV-Unterstützung angeboten. Für die Baukostenkontrolle wurde in 1995 in sieben Bauämtern ein Haushaltsprogramm zur Erprobung eingesetzt. Das zwischenzeitlich für den Produktionseinsatz freigegebene Programm wird wie geplant 1996 in elf weiteren Bauämtern installiert. Die Ausstattung der restlichen Bauämter wird in 1997 erfolgen, womit ein wichtiger Grundstein für ein Kosten-Leistungsrechnungssystem gesetzt wurde. In Verbindung mit einer zentralen Datenbank, die alle relevanten Haushaltsdaten der Bauvorhaben umfaßt, erhalten auch die Mittelinstanzen und die Oberste Landesbehörde die Möglichkeit der zeitnahen Übersicht über den jeweiligen Sachstand einschließlich der Mittelkontrolle aller Landes- und Bundesbaumaßnahmen.

(2)

Die nennenswerten Änderungen stellen sich wie folgt dar:

Titel 515 60 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Ansatz 1996	:	1.800.000,- DM
Entwurf 1997	:	1.400.000,- DM
Ist 1995	:	896.000,- DM
VE	:	500.000,- DM

Der Minderbedarf erklärt sich aus der Anpassung der Zahlen an die Ausgabenentwicklung der Vorjahre. Die insgesamt geringen Ist-Ausgabe 1995 täuscht, weil wegen der Haushaltswirtschaftlichen Sperre (§ 41 LHO) zum Jahresende keine Zentralbeschaffung mehr vorgenommen wurde.

Titel 538 60 Ausgaben für Datenverarbeitung

Ansatz 1996	:	19.345.000,- DM
Entwurf 1997	:	13.119.000,- DM
Ist 1995	:	8.840.000,- DM
VE	:	6.000.000,- DM

Der Minderbedarf berücksichtigt den mittlerweile erreichten Ausstattungsgrad der Staatlichen Bauverwaltung im Softwarebereich. Auch aus dem Bund-/Länder-Gemeinschaftsprojekt ISYBAU ist die Mehrzahl der Programmanforderungen abgedeckt. Es fallen künftig noch Kosten für Lizenzen, die Komplettierung und die Pflege der eingesetzten Software an.

Titel 812 60 Erwerb von ADV-Geräten

Ansatz 1996 :	15.080.000,- DM
Entwurf 1997 :	12.730.000,- DM
Ist 1995 :	7.578.000,- DM

Die flächendeckende Verkabelung aller Staatlichen Bauämter ist im passiven Bereich (Kabelverlegung einschl. aller Bauarbeiten) weitgehend abgeschlossen. Im aktiven Bereich (Installation von Routern, Anschluß der DV-Arbeitsplätze mit LWL-Netzkarten - Fibre to the Desk) fallen hingegen noch Ausgaben an. Im wesentlichen beziehen sich die Aktivitäten künftig auf Ersatzbeschaffungen und Anpassungen an gestiegene, softwarebedingte Hardwarekonfigurationen.

Titelgruppe 79 Hilfen des Landes NRW für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

Die Zahl der Planstellen und Stellen (kw 31.12.1997) wurden von 8 auf 6 reduziert, weil die Nachfrage der Staatlichen Bauämter in Brandenburg nach Hilfeleistungen seit dem Jahre 1995 rückläufig ist.

Dies wirkt sich insbesondere auf die Ausgaben bei Titel 453 79 (Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung) aus, die daher um 250.000 DM vermindert wurden. Die übrigen Ansätze sollen zunächst nicht gekürzt werden. Es kann nämlich durchaus erwartet werden, daß die Zahl der kurzfristigen Abordnungen im Wege von Dienstreisen im voraussichtlich letzten Jahr der Aufbauhilfe kurzfristig wieder steigen wird.

Titelgruppe 80 Vorübergehende Betreuung der Durchführung von Bauaufgaben des Bundes durch die Staatliche Bauverwaltung in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Auch bei dieser Titelgruppe ist die Zahl der Planstellen und Stellen gekürzt worden, und zwar von 4 auf 2 (kw 31.12.1997).

Im Grundsatz gilt das zuvor Gesagte. Soweit seit 1995 Aufbauhilfe für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes geleistet wurde, wurde diese vornehmlich durch Beamtinnen und Beamte der Oberfinanzdirektionen erbracht (vgl. Titelgruppe 80 im Kapitel 14 080).

Die Ansätze dieser Titelgruppe wurden um rd. 900.000 DM auf 3,6 Mio. DM zurückgenommen. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt nach wie vor bei den „Nicht aufteilbaren Sächlichen Verwaltungsausgaben“ (Titel 547 80). Hieraus werden im wesentlichen die Ingenieurleistungen Dritter für Bundesbaumaßnahmen gezahlt. Die Ausgaben dienen der Restabwicklung solcher Verträge.

Der Bund erstattet die Gesamtausgaben dieser Titelgruppe; sie werden bei Titel 231 20 vereinnahmt.

Kapitel 14 071

Landesinstitut für Bauwesen

Personalsoll des Einzelplans 14 Kapitel 14 071

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte	11 -1	16 -4	2 -	-	29	24	+5
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	17 -	21 +3	29 -	-	67	64	+3
Arbeiter	-	-	-	4	4	4	-
<hr/>							
Titelgruppen							
Planmäßige Beamte	-	-	-	-	-	-	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	28 +1	37 +7	31 -	4 -	100	92	+8

I. Allgemeines

Die Einnahmen und Ausgaben sowie die Planstellen und Stellen des Landesinstituts für Bauwesen in Aachen (LB) waren bisher als Titelgruppe 71 im Kapitel 14 070 veranschlagt.

Mit der Einrichtung eines Kapitels 14 071 für das Institut will die Landesregierung dazu beitragen, die Übersichtlichkeit des Haushaltsplans sowohl bei den Staatlichen Bauämtern als auch beim Landesinstitut zu verbessern.

II. Personalhaushalt des Landesinstituts für Bauwesen in Aachen

Die im Entwurf des Haushaltsplans 1997 bei Kapitel 14 071 ausgebrachten Planstellen und Stellen entsprechen bis auf die nachfolgend im einzelnen aufgeführten Veränderungen der stellenplanmäßigen Ausstattung des Landesinstituts im Haushaltsplan 1996 (Kapitel 14 070 Titelgruppe 71).

1. Veränderungen bei den Planstellen (Titel 422 10 - Bezüge der Beamten -)

Durch Verlagerung von 5 Planstellen, und zwar

- 1 A 13 h.D. (Regierungsrat/Regierungsrätin),
- 2 A 12 (Amtsrat/Amtsärztin),
- 2 A 11 (Amtmann/Amtfrau),

aus Kapitel 14 070 (Staatliche Bauverwaltung) erhöht sich die Zahl der Planstellen beim LB auf insgesamt 29.

Die zu verlagernden 4 Planstellen des gehobenen Dienstes sind mit kw-Vermerken (kw ab 01.01.1995 - Org. Untersuchung 1994 (SBV)) versehen und dienen der personellen Verstärkung der mit der Umsetzung des REN-Programms befaßten Abteilung des Landesinstituts in Dortmund.

Die ebenfalls aus Kapitel 14 070 zu verlagernde Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 h.D. ist für die Einstellung einer Juristin/eines Juristen in der mit dem REN-Programm befaßten Abteilung vorgesehen. Sie soll im wesentlichen Widersprüche gegen Zuwendungsbescheide bearbeiten.

Die Umsetzung einer Planstelle der Bes.Gr. A 15 (Regierungsdirektor/-in) aus Kapitel 14 070 und - im Gegenzug - die Umsetzung einer Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Ober-

regierungsrat/-rätin) nach Kapitel 14 070 dient der Förderung einer Beamtin, die die Voraussetzungen für eine Beförderung nach Bes.Gr. A 15 seit längerem erfüllt.

**2. Veränderung bei den Stellen für Angestellte
(Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten -)**

Die Zahl der Stellen für Angestellte erhöht sich durch Verlagerung aus Kapitel 14 070 (Staatliche Bauverwaltung) um insgesamt 3 Stellen, welche jeweils mit kw-Vermerken versehen sind:

- 1 Stelle Verg.Gr. II a BAT (kw - § 42 LPVG) für den Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten,
- 1 Stelle Verg.Gr. V b BAT (kw Org.Untersuchung 1994 - SBV),
- 1 Stelle Verg.Gr. VI b BAT (kw Org.Untersuchung 1994 - SBV),

Die beiden Stellen des mittleren Dienstes dienen der personellen Unterstützung der Sachbearbeitungen bei der Umsetzung des REN-Programmes (s.o.).

Soweit im übrigen 6 Höhergruppierungen beabsichtigt sind, dienen diese der Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche. Der Haushaltsentwurf sieht insoweit die entsprechenden Begründungen in jedem Einzelfall vor.

Übersicht über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1996		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
					am 01.07.1996		
1	2	3	4	5	6	7	8
B 2	Direktor des LB	1	1	1	-	-	
A 16	LRD	1	1	1	-	-	
A 15	Bergdirektor/RBD'In	2	1	1	-	-	
A 14	ORBR/-in, OBR/-in	4	5	4,05	-	0,65	
A 13	RBR/-in, RR/-in, BR/-in	3	2	-	2	-	
Zw.Sa.		11	10	7,05	2	0,65	
A 13	RBOAR/-in, ROAR/-in, BOAR/-in	1	1	1	-	-	
A 12	RBAR/-in, RAR/-in, BAR/-in	6	4	4	-	-	
A 11	RBA/-in, RA/-frau, BAM, BVA/BVAfr.	6	4	3	-	-	
A 10	ROI/-in, BOI/-in, RBOI/-in, BVOI/-in	3	3	2	1	-	
Zw.Sa.		16	12	10	1	-	
A 6	Regierungssekretärin/-sekretär	2	2	2			
Zw.Sa.		2	2	2			
	Insgesamt:	29	24	19,05	3	0,65	

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht

über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1997

Bes.Gr. bzw. Bezeichnung (jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte geführten	
				beamteten Hilfskräfte	Angestellten	ArbeiterInnen u. Arbeiter
A 13 z.A. (RR/-in z.A.) A 10 z.A. (BOI/-in z.A.)	a) <u>Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.)</u> Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.), Assistenten (z.A.), Regierungsrätinnen (z.A.), Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.					
	-	-	-	2		
	-	-	-	1		
Zusammen a)	-	-	-	3		
A 14 A 12	b) <u>sonstige Beamtinnen und Beamte</u> Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.					
	2	2	2	-		
	4	4	2	-		
Zusammen b)	6	6	4	-		
Insgesamt	6	6	4	3		

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
				geführten		
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
I a	3	2	2			
I b	2	3	3			
I b/II a	12	12	11	0,65		
II a	5	3	3			
II a/III	5	6	5			
III/IV a	5	5	5			
IV a/IV b	6	4	4			
V b	2	3	3			
V b/V c	8	6	6			
V c	2	3	3			
V c/VI b	3	3	3			
VI b	9	9	9			
VII/VIII	5	5	5			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-			
Zusammen	67	64	62	0,65		
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

**über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)
für das Haushaltsjahr 1997**

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamtinnen und Beamte zur Ausbildung annehmen.)

Übersicht über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)

	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10)							Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (Titel 422 10)						
	Stellen- zahl 1996	Vorgesehene Neueinstellun- gen im Haus- haltsjahr		Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, die ein- gestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1996	Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten zur Anstellung, deren Probezeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr				
		1997	1996	1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt		1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt
Kapitel 14 071														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16									-	-	2	-	-	2
Techn. Dienst														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13									-	1	-	-	-	1
Techn.Dienst														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														

Die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung sind nach den nichttechnischen und den verschiedenen technischen Laufbahnen aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.

Altersstand der planmäßig angestellten Beamtinnen und Beamten (Titel 422 10)

Zahl der Planstellen 1996	Zahl der am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten	Von den am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten erreichen die Altersgrenze voraussichtlich im Haushaltsjahr							Erläuterungen
		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
10	7,05	-	-	-	-	-	1	-	höherer Dienst
12	10	-	-	-	-	1	-	-	gehobener Dienst
2	2	-	-	-	-	-	-	-	mittlerer Dienst

Übersicht

über die Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter), Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf Leerstellen geführt werden und deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe/ Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Zahl der am 01.07.1996 auf Leerstellen geführten Bediensteten, deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden
1	2	3
Fehlanzeige		

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1997

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.07.1996
		1997	1996		
1	2	3	4	5	6
V c/VI b	Techn. Ang.	1	1	Erz.-Urlaub	-
insgesamt:		1	1		-

III. Sachhaushalt

Die Ausgaben dieses Kapitels - ohne Personalausgaben - sind von 2.574.200 DM im Jahre 1996 um 21,43 v.H. auf 2.022.500 DM zurückgeführt worden.

Auch für die Bewirtschaftung der Ausgaben des Landesinstituts für Bauwesen wird die „Flexibilisierung“ als Variante der neu geschaffenen Steuerungsmodelle eingeführt. Die näheren Modalitäten sind in den Haushaltsvermerken Nr. 1 bis 5 bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben und den Ausgaben für Investitionen im Haushaltsplanentwurf niedergelegt. Auch hier hat die sog. Flexibilisierungsdividende (3 v.H.), die vom Finanzministerium als „Gegenleistung“ für die weitgehende Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 und der Obergruppe 81 festgelegt wurde, die Summe der Ansätze gemindert. Von der Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 ist der Titel 531 00 (Veröffentlichungen des Landesinstituts für Bauwesen) ausgenommen. Hier darf es nicht zu Mehrausgaben kommen.

Als wesentliche Veränderungen sind zu nennen:

548 00 Globale Mehrausgaben

Ansatz 1996 :	70.000,- DM
Entwurf 1997 :	-,- DM
Ist 1995 :	-,- DM

1995 hat das MBW im Zuge der Umressortierung Teile des REN-Programms aus der Zuständigkeit des MWMTV übernommen. Die mit der Abwicklung dieser Programmteile betrauten Bediensteten des Landesoberbergamts wurden an das Landesinstitut für Bauwesen - Außenstelle Dortmund - versetzt. Die Sächlichen Verwaltungsausgaben wurden aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung für den Rest des Haushaltsjahres 1995 weiter vom Landesoberbergamt gezahlt. Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1996 wurde dieser Titel eingerichtet, um dem Landesinstitut die notwendigen Mehrausgaben durch die Einrichtung der Außenstelle in Dortmund haushaltsmäßig zur Verfügung stellen zu können.

Ein Ansatz für 1997 ist entbehrlich, weil diese Ausgaben (Porto, Telefon, Verbrauchsmaterial etc.) jetzt bei den jeweiligen Titeln der Hauptgruppe 5 mitveranschlagt wurden.

812 10 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland

Ansatz 1996 :	159.000,- DM
Entwurf 1997 :	85.000,- DM
Ist 1995 :	229.000,- DM

Mit der organisatorischen Zuordnung der ehemaligen Bediensteten des Landesoberbergamts zum Landesinstitut für Bauwesen (Außenstelle Dortmund) wurden im Jahre 1996 Investitionen für die Ausstattung der neuen Diensträume in einem Landesbehördenhaus in Dortmund erforderlich. 1997 ist ein geringerer Ansatz auskömmlich.

Titelgruppe 60 Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung

Bis zur Inbetriebnahme der Fortbildungseinrichtung des MBW hat das Landesinstitut für Bauwesen die Schulungsmaßnahmen im Bereich der automatisierten Datenverarbeitung in eigens dafür ausgestatteten Räumlichkeiten durchgeführt. Die dazu erforderlichen Ausgaben für die Soft- und Hardware wurden in 1996 aus den jeweiligen „ADV-Unterteilen“ der Titelgruppe 71 im Kapitel 14 070 bereitgestellt. Dies ist künftig nicht mehr erforderlich.

Die Ausgaben für die Datenverarbeitung sinken von rd. 1,1 Mio. DM auf 656.000 DM, und zwar im wesentlichen durch die Kürzung der Ansätze bei den Titeln 538 60 (Ausgaben für die Datenverarbeitung) und 812 60 (Erwerb von ADV-Geräten) um insgesamt 460.000 DM.

Kapitel 14 072

Fortbildungseinrichtung

Personalsoll des Einzelplans 14 Kapitel 14 072

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte	2	2	1	-	5	5	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	-	2	3	-	5	5	-
Arbeiter	-	-	-	2	2	2	-
<hr/>							
Titelgruppen							
Planmäßige Beamte	-	-	-	-	-	-	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2	4	4	2	12	12	-

I. Allgemeines

Die Einnahmen und Ausgaben, Planstellen und Stellen für die Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen waren bisher in der Titelgruppe 70 des Kapitels 14 070 veranschlagt.

Mit der Einrichtung eines eigenen Kapitels für die Einrichtung in Gelsenkirchen soll eine bessere Übersichtlichkeit des Haushaltsplans erreicht werden.

II. Personalhaushalt

Die jetzt im Kapitel 14 072 ausgebrachten Planstellen und Stellen entsprechen in Anzahl und Wertigkeit der stellenmäßigen Ausstattung der Fortbildungseinrichtung im Haushaltsplan 1996. Veränderungen sind somit nicht zu erläutern. Die Inbetriebnahme soll im Laufe des Monats Oktober 1996 erfolgen. Bis dahin sollen sämtliche Planstellen und Stellen besetzt werden.

MBW NRW

Dienststelle

Anlage 1

(Planbeamtinnen u. Planbeamte)
Kapitel 14 072

Übersicht
über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1997

Bes. Gr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen u. Beamten der eigenen Verwaltung (Kapitel)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1997	1996		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
					am 01.07.1996		
1	2	3	4	5	6	7	8
A 15	RBD/-in, RD/-in	1	1	-	-	-	-
A 13	RBR/-in, RR/-in	1	1	1	-	-	-
Zw.Sa.		2	2	1	-	-	-
A 12	RAR/-in	1	1	-	-	-	-
A 11	RA/RAfr.	1	1	-	-	-	-
Zw.Sa.		2	2	-	-	-	-
A 9	RAI/-in	1	1	-	-	-	-
Zw.Sa.		1	1	-	-	-	-
	Insgesamt:	5	5	1	-	-	-

Anmerkungen:

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 01.07.1996 eingewiesen waren.

Übersicht über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1997

Bes.Gr. bzw. Bezeichnung (jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte geführten	
				beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter
	a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.), Assistenten (z.A.), Regierungsrätinnen (z.A.), Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.					
	Fehlanzeige					
Zusammen a)						
	b) sonstige Beamtinnen und Beamte Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.					
	Fehlanzeige					
Zusammen b)						
Insgesamt						

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
				Angestellten	beamtete Hilfskräfte	Angestellte
			geführten			
			Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter	
II a/III	2	2	-	-	-	-
VI b	2	2	-	-	-	-
VII/VIII	1	1	-	-	-	-
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	-	-	-	-	-	-
Zusammen	5	5	-	-	-	-
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

**Über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)
für das Haushaltsjahr 1997**

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamtinnen und Beamte zur Ausbildung annehmen.)

Übersicht über die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung (z.A.)

	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 10)							Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (Titel 422 10)						
	Stellen- zahl 1996	Vorgesehene Neueinstellun- gen im Haus- haltsjahr		Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, die ein- gestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1996	Zahl der am 01.07.1996 vorhan- denen Beamtinnen und Beamten zur Anstellung, deren Probezeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr				
		1997	1996	1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt		1995	1994	1993	1992 und früher	ins- ge- samt
Kapitel 14 072														
Höherer Dienst Gr. A 13 bis A 16 Techn. Dienst														
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 13 Techn.Dienst														
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel														
Höherer Dienst Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5														

Fehlanzeige

Die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamtinnen und Beamten zur Anstellung sind nach den nichttechnischen und den verschiedenen technischen Laufbahnen aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.

Altersstand der planmäßig angestellten Beamtinnen und Beamten (Titel 422 10)

Zahl der Planstellen 1996	Zahl der am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten	Von den am 01.07.1996 angestellten Beamtinnen und Beamten erreichen die Altersgrenze voraussichtlich im Haushaltsjahr							Erläuterungen
		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
2	1	-	-	-	-	-	-	-	höherer Dienst
2	-	-	-	-	-	-	-	-	gehobener Dienst
1	-	-	-	-	-	-	-	-	mittlerer Dienst

Übersicht

über die Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter), Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf Leerstellen geführt werden und deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe/ Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Zahl der am 01.07.1996 auf Leerstellen geführten Bediensteten, deren Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden
1	2	3
Fehlanzeige		

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1997

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.07.1996
		1997	1996		
1	2	3	4	5	6
Fehlanzeige					
insgesamt:					

III. Sachhaushalt

Die Landesregierung hatte in ihrer Sitzung vom 14. Juli 1992 beschlossen, eine Fortbildungseinrichtung (FBE) für das MBW in Gelsenkirchen einzurichten. Nach umfangreichen Baumaßnahmen soll die Einrichtung ihren Betrieb Ende Oktober 1996 aufnehmen.

Die veranschlagten Ausgaben - ohne Personalausgaben - i.H.v. 2.522.600 DM (1996) halbieren sich nahezu im Ansatz 1997 auf 1.298.900 DM. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß alleine 2 Mio. DM auf die Erstausrüstung in 1996 (Titel 812 70) entfallen. Die Kosten der Aus- und Fortbildung (Titel 525 10 und 525 20) sind - anders als ursprünglich beabsichtigt - nur noch für die Bediensteten der FBE veranschlagt; im übrigen werden diese Ausgaben in den einzelnen Kapitel etatisiert.

Für die Bewirtschaftung der Ausgaben dieses Kapitel bietet sich aus dem „Katalog“ der finanzwirtschaftlichen Steuerungsmodelle gerade die „Flexibilisierung“ als geeignete Variante an, weil hinsichtlich der Ausgabenhöhe bei den einzelnen Titeln auf keine Erfahrungswerte zurückgegriffen werden kann. Die genauen Regelungen sind in den Haushaltsvermerken Nr. 1 bis 6 bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben und Nr. 1 bis 5 bei den Ausgaben für Investitionen festgeschrieben. Die sog. Flexibilisierungsdividende (3 v.H.), die vom Finanzministerium als „Gegenleistung“ für die Deckungsfähigkeit der Titel der Hauptgruppe 5 und der Obergruppe 81 festgelegt wurde, war bei der Veranschlagung zu berücksichtigen.

Ein Vergleich der Ansätze mit dem Vorjahr ist weder sinnvoll noch möglich, weil 1997 das erste volle Betriebsjahr ist. Die im Haushaltsplan 1996 ausgewiesenen Ansätze betrafen hingegen nur die Monate Oktober bis Dezember.

Titelgruppe 60 - Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung

In drei Bereichen sind DV-Vorhaben erforderlich geworden bzw. geplant:

Im allgemeinen Verwaltungsbereich:

- Einsatz von Standardsoftware (Textverarbeitung etc.),

im Fortbildungs- und Schulungsbereich:

- Einsatz der bauspezifischen Fachprogramme,

im Anmelde- und „Hotel“bereich:

- Hier ist der Einsatz spezieller Software geplant, die das Anmelde- und Buchungsverfahren DV-technisch unterstützt. Da hierfür keine Standardsoftware auf dem Markt erhältlich ist, ist die Erstellung eines entsprechenden DV-Verfahrens geplant. Hierfür werden die z.Zt. entstehenden Kommunikationskomponenten wie ISDN und E-Mail genutzt sowie die Tatsache, daß die Fortbildungseinrichtung des Landes NRW 1997 über einen leistungsfähigen Datenbankrechner verfügen wird, der auch von den Einrichtungen der Bauverwaltung abgefragt werden kann (Kursangebote, Belegungsstand etc.). Sowohl die Programmanalyse und die Programmrealisierung für das Anmeldeverfahren als auch die Marktanalyse für das „Hotelprogramm“ wird von einem externen Unternehmen durchgeführt.

Kapitel 14 080

**Staatliche Bauverwaltung
- Oberfinanzdirektionen -**

I. Allgemeines

In diesem 1995 neu eingerichteten Kapitel sind die Ausgaben (außer Personalausgaben) der Abteilungen B bei den Oberfinanzdirektionen ausgebracht. Die Trennung wurde zur Vereinfachung der Abrechnung mit dem Bund vorgenommen.

Die Ausgaben dieses Kapitels werden - unter Berücksichtigung der Einnahmen - vom Bund in voller Höhe erstattet (Kapitel 14 070).

Ausgabenschwerpunkt mit 750.000 DM von insgesamt 1.681.300 ist die Datenverarbeitung:

511 60 Verbrauchsmaterial für die Datenverarbeitung

Ansatz 1996 :	30.000,- DM
Entwurf 1997 :	30.000,- DM
Ist 1995 :	11.000,- DM

Veranschlagt sind die Mittel für DV-Verbrauchsmaterial wie Magnetbänder, Platten, Kassetten, Disketten, Farbbänder, Papier, etc.

515 60 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die ADV

Ansatz 1996 :	50.000,- DM
Entwurf 1997 :	50.000,- DM
Ist 1995 :	16.000,- DM

Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und die Instandhaltung der DV-Geräte.

525 60 Aus- und Fortbildung im Bereich der ADV

Ansatz 1996 :	90.000,- DM
Entwurf 1997 :	30.000,- DM
Ist 1995 :	44.000,- DM

Veranschlagt sind Mittel für die Aus- und Fortbildung im Bereich der Datenverarbeitung. Dazu gehören Kosten der Unterkunft und der Verpflegung der Teilnehmenden an den Veranstaltungen sowie Unterrichts- und Vortragsvergütungen der Dozentinnen und Dozenten. Der Ansatz konnte gesenkt werden, weil bereits eine Vielzahl von Bediensteten ausgebildet wurde, im übrigen die Fortbildung kostengünstiger in der neuen Fortbildungseinrichtung des Ministeriums stattfinden wird.

538 60 Ausgaben für Datenverarbeitung

Ansatz 1996 :	590.000,- DM
Entwurf 1997 :	300.000,- DM
Ist 1995 :	173.000,- DM

Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung von DV-Programmen (Software), die Anpassung vorhandener Programme an die aktuellen Erfordernisse (Fremdprogrammierung), die Softwarepflege und die Lizenzbeschaffung. Nachdem eine Programmanpassung erfolgte und auch die notwendige Software im wesentlichen neu beschafft wurde, konnte der Ansatz gesenkt werden.

812 60 Erwerb von ADV-Geräten

Ansatz 1996 :	300.000,- DM
Entwurf 1997 :	340.000,- DM
Ist 1995 :	166.000,- DM

Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von DV-Systemen für weitere 29 Arbeitsplätze.

Titelgruppe 79 (Hilfen des Landes für die neuen Länder)

Die Ausgaben i.H.v. 17.000 DM wurden im Vergleich der Jahre 1996 und 1997 (Entwurf) überrollt. Im Jahre 1995 wurden keine Ausgaben geleistet. Da bis Ende 1997 jedoch grundsätzlich eine Hilfestellung möglich ist, wurden entsprechende Mittel rein vorsorglich veranschlagt.

Titelgruppe 80 (Betreuung von Bauaufgaben des Bundes durch die OFD'en in den neuen Ländern)

Die Ausgaben dieser Titelgruppe werden voraussichtlich um 40.000 DM auf 240.000 DM steigen. Diese Mehrkosten beruhen per Saldo auf höheren Ausgaben für Trennungsschädigung (+ 75.000 DM).

Die Ausgaben, die dem Land durch die Betreuung von Bundesbauaufgaben in den neuen Ländern entstehen, werden jedoch vom Bund voll erstattet (s. Titel 231 20).

Kapitel 14 090

**Programm „Rationelle Energienutzung“
(Breitenförderung, REN-Impulsprogramm und
Niegrienergiehausförderung)**

I. Allgemeines

Durch die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten vom 18.07.1995 wurden Teilbereiche des REN-Programms, nämlich die Breitenförderung, das Impulsprogramm „Bau und Energie“ sowie die Niedrigenergiehausförderung (NEH) in den Einzelplan 14 umgesetzt. Verbunden damit war die Verlagerung von Haushaltsmitteln i.H.v. 26.724.500 DM. Durch das Nachtragshaushaltsgesetz 1995 wurde der Ausgabenrahmen auf 30.474.500 DM erhöht. Der Haushaltsentwurf 1997 sieht - wie der Haushaltsplan 1996 - wiederum ein Programmvolumen i.H.v. 48.800.000 DM sowie eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 25.000.000 DM (+ 500.000 DM) vor.

II. Programmabwicklung

Das REN-Programm ist ein besonders wichtiger Programmteil der Landesinitiative „Arbeit und Umwelt“; es ist nicht nur geeignet, den Arbeitsmarkt nachhaltig zu beleben, sondern dient auch im besonderen Maße dem Umweltschutz.

Mit der „Breitenförderung“ wird eine breit angelegte Markteinführung erprobter Technologien mit wechselnden Schwerpunkten bei den Fördergegenständen erreicht. Die Investitionsanreize dienen der effektiveren Nutzung von Energie und dem Ausbau der regenerativen Energiequellen.

Mit der Durchführung des „REN-Impulsprogramms“ als einem weiteren wichtigen Bereich des REN-Programms ist die Energieagentur Nordrhein-Westfalen beauftragt. Durch dieses Programm wird die Weiterbildung im Bereich des energiesparenden Bauens gezielt gefördert und damit der dringend gebotene Wissenstransfer beschleunigt. Zielgruppe des REN Impuls-Programms sind alle am Bau Beteiligten bis hin zu den Mietern. Die im Rahmen des REN Impuls-Programms entwickelten Seminare finden fast flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen statt. Es ist beabsichtigt, in den nächsten Jahren vermehrt die Handwerksbereiche einzubeziehen, denen Aufgaben auf dem Feld der rationellen Energieverwendung obliegen.

Im Rahmen der Abwicklung des „Niedrigenergiehaus-Förderprogramms“ (NEH-Programm) wird die Dokumentation über die Realisierung des Niedrigenergiehaus-Standards erarbeitet. Mit dieser Untersuchung soll der Niedrigenergiehaus-Standard fortentwickelt werden.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben des REN-Programms dienen der Erstellung und Veröffentlichung von Gutachten und Studien auf dem Gebiet der rationellen Energieverwen-

dung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen. Ein großer Teil der Sachmittel wird für Messen und Ausstellungen (z.B. die jährlich durchgeführte Ausstellung „RENERGIE“ in Hamm) und die hierzu erforderlichen Repräsentationsmaßnahmen eingesetzt.

Auf der Grundlage der zum 01.02.1996 geänderten REN-Richtlinie werden vom Landesinstitut für Bauwesen - Außenstelle Dortmund - Investitionen im Rahmen des REN-Programms „Breitenförderung“ durch Zuwendungen gefördert.

Die Ansätze bei den Titeln 653 00 und 683 00 sind erforderlich, um frühere Bewilligungen aus dem „REN 1-Programm“ abzurechnen.

Die Zuwendungen bei diesem Programmbereich werden in Form von Anteils- und Festbetragsfinanzierungen gewährt.

Darüber hinaus werden bei Projekten mit Investitionssummen über 1 Mio DM entsprechend der REN-Richtlinie Zinszuschüsse zur Kreditverbilligung aus den hierfür eingerichteten REN-Kreditplafonds gezahlt.

Kapitel 14 210

Geschäftsstelle der ARGEBAU

Personalsoll des Einzelplans 14 Kapitel 14 210

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/-
Planmäßige Beamte						
Beamtete Hilfskräfte						
Angestellte		1		1	1	
Arbeiter						
Titelgruppen:						
Planmäßige Beamte						
Beamtete Hilfskräfte						
Angestellte						
Arbeiter						
Insgesamt		1		1	1	
Beamte im Vorbereitungsdienst						
Auszubildende						

Übersicht
über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1997
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1997	1996	Ist-Besetzung am 01.07.1996	Planstellen	Stellen für	
				Angestellten	beamtete Hilfskräfte	Angestellte
			geführten			
				Angestellten	Arbeiterinnen u. Arbeiter	
III a / IV a	1	1	1			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte						
Zusammen	1	1	1			
Auszubildende						

Anmerkung: Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Geschäftsstelle der ARGEBAU

Im Kapitel 14 210 sind die Ausgaben der Geschäftsstelle der ARGEBAU in Bonn veranschlagt.

Die ARGEBAU (Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder) hat im wesentlichen folgende Aufgaben:

- Wahrnehmung gemeinsamer Länderinteressen im Bauwesen,
- Erarbeitung von Musterentwürfen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien,
- koordinierte Abstimmung gegenüber dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
- Stellungnahmen zu EG-Richtlinien.

Die Abwicklung der Aufgaben erfolgt durch die Geschäftsstelle der ARGEBAU, die nach der "Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der ARGEBAU" vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen worden ist. Dementsprechend werden die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle im Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen veranschlagt und von den Ländern nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen erstattet (Titel 232 00).

Für 1997 sind	Einnahmen i.H.v.	243.600 DM	(+ 1.100 DM)
und	Ausgaben i.H.v.	296.600 DM	(unverändert) veranschlagt.

Der Differenzbetrag von 53.000 DM ist der Anteil des Landes NRW an der Einrichtung.

Kapitel 14 630

Liegenschaften - Landeseigene Mietwohnungen

I. Allgemeines

Im Kapitel 14 630 werden die Einnahmen und Ausgaben der mit Mietwohnungen bebauten Liegenschaften des Landes nachgewiesen.

Die von zivilen Haushalten genutzten Wohnungen sind in erster Linie an Landesbedienstete, aber auch an Ruhegehaltsempfänger oder anderweitig vermietet. Weitere Wohneinheiten dienen der Unterbringung von Angehörigen der Gaststreitkräfte und ihrer Familien. Seit Anfang 1995 hat sich der Bestand von 970 Mietwohnungen auf 373 Wohneinheiten verringert.

Von der durch zwischenzeitlichen Verkauf auf rd. 43.300 qm reduzierten Bewirtschaftungsfläche entfallen rd. 10.100 qm auf zivile und rd. 33.200 qm auf Mieter der Gaststreitkräfte. Der Neubauwert 1970 der Gebäude beläuft sich auf 29.247.000 DM.

II. Die wesentlichen Titel im einzelnen:

124 10 **Mieten und Pachten**

Ansatz 1996 :	7.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	3.600.000,- DM
Ist 1995 :	7.539.000,- DM

Die von den Bezirksregierungen geschätzte Höhe der Einnahmen berücksichtigt den bereits erfolgten Verkauf von rd. 600 Wohneinheiten.

517 10 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume**

Ansatz 1996 :	1.100.000,- DM
Entwurf 1997 :	321.000,- DM
Ist 1995 :	887.000,- DM

Der Ansatz wurde unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Verkäufe ermittelt.

Die Veräußerungen haben auf die Ausgaben dieses Titels - soweit es sich um Wohnungen der Gaststreitkräfte handelt - keinen Einfluß, weil diese Betriebskosten der Bund trägt.

519 10 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen

Ansatz 1996 :	160.000,- DM
Entwurf 1997 :	88.000,- DM
Ist 1995 :	158.000,- DM

Die Ausgaben für die kleineren Unterhaltungsarbeiten wurden an den geringeren Bedarf angepaßt.

Kapitel 14 900

**Versorgung der Beamten des Landes,
der früheren Länder Preußen und Lippe,
des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen**

Die Ausgaben dieses Kapitels umfassen die Versorgung der Beamten und deren Hinterbliebenen, soweit sie auf den Einzelplan 14 entfallen. Sie waren bis zum Jahre 1995 im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 710 (gleiche Zweckbestimmung) veranschlagt.

Für Versorgungsbezüge, für Beihilfen und für Fürsorgeleistungen sind für 1997 insgesamt 14.413.600 DM veranschlagt, dies sind 756.900 DM mehr als im Haushaltsjahr 1996.

Die Istausgabe 1995 belief sich auf - saldiert - 12.554.000 DM.

Der Entwurf 1997 sieht einen neuen Einnahmetitel 231 10 (Erstattungen von 9.579.000 DM Verwaltungsausgaben vom Bund) vor. Wie in den Erläuterungen im Haushaltsentwurf zu diesem Titel bereits ausgeführt, erstattet der Bund dem Land aufgrund der „Verwaltungskostenentschädigung für die Wahrnehmung von Bundesbauaufgaben“ einen 30%igen Versorgungszuschlag auf die Beamtenbezüge. Die bisher bei Kapitel 14 070 Titel 231 10 vereinnahmten Zahlungen des Bundes werden nunmehr in diesem Kapitel ausgewiesen, um quasi die „echte“ Belastung des Epl. 14 mit Versorgungsbezügen darzustellen. Im Ergebnis fallen somit bei den Ausgaben für die Beamtenversorgung (netto) noch 4.283.000 DM an.

Nachrichtlich

Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 20 070

Staatliche Bauverwaltung
- Bauunterhaltung und Kleine Baumaßnahmen -

I. Allgemeines

Die Ausgaben für die Große Bauunterhaltung und die Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten waren bislang in Kapitel 20 020 (Allgemeine Bewilligungen) mitveranschlagt. Sie wurden dem MBW jährlich vom Finanzministerium zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Der Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997 sieht nunmehr folgende Neuregelungen vor:

- Im Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) wurde für die vorgenannten Ausgaben ein neues Kapitel 20 070 (Staatliche Bauverwaltung - Bauunterhaltung und Kleine Baumaßnahmen -) eingerichtet.
- Die Haushaltsführung für dieses Kapitel soll flexibilisiert werden durch
 - gegenseitige Deckungsfähigkeit aller Titel der Hauptgruppe 5,
 - gegenseitige Deckungsfähigkeit aller Titel der Hauptgruppe 7;
 - Minderausgaben bei der Hauptgruppe 5 dienen der Verstärkung von Mehrausgaben bei den investiven Ausgaben der Hauptgruppe 7;
 - bis zu 10 v.H. der veranschlagten Ausgaben der Hauptgruppe 7 können bei entsprechender Einsparung die Ausgaben der Hauptgruppe 5 erhöhen;
 - Anhebung der Wertgrenzen bei Gruppe 711 von 750.000 DM auf 2,0 Mio. DM.

Insgesamt stehen in diesem Kapitel 627.040.600 DM zur Verfügung. Zu berücksichtigen ist, daß die Ansätze der neuen Titel im wesentlichen in den bisherigen Titeln enthalten waren, im großen und ganzen also umgeschichtet wurde. Für den rationellen Energieeinsatz in landeseigenen Gebäuden hat die Landesregierung jedoch 10 Mio. DM zusätzlich zugestanden.

Neu ist der Titel 545 00 (Technische Sicherung von Wohnungen). Die bisher in den Einzelplänen veranschlagten Ansätze werden nunmehr aus Gründen der Sicherheit der Betroffenen zentral in diesem Kapitel ausgebracht.

II. Im einzelnen:

519 20 Große Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen

Ansatz 1996 :	418.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	351.600.000,- DM
Ist 1995 :	421.295.600,- DM

Die Ausgaben dienen der baulichen Substanzerhaltung und Modernisierung der landeseigenen Gebäude. Die Aufteilung der Mittel erfolgt überwiegend nach dem Neubauwert des Gebäudebestandes der Ressorts.

66,4 Mio. DM wurden aufgabenkritisch auf andere Titel des Kapitels umgeschichtet.

519 21 (neu) - Maßnahmen zur Energieeinsparung und Emissionsminderung in landeseigenen Gebäuden und Räumen

Ansatz 1996 :	-, - DM
Entwurf 1997 :	35.000.000,- DM
Ist 1995 :	-, - DM

Im Rahmen von Bauunterhaltungsarbeiten werden in aller Regel energiesparende Maßnahmen durchgeführt, wenn die Art der Arbeiten es erlaubt (z.B. Fassaden- und Dachsanierungen, Sanierung von Lüftungs-, Aufzugs- und Elektroanlagen).

Mit den Mitteln dieses Titels werden nunmehr eigenständige, energetisch vorbildliche Sanierungsmaßnahmen finanziert, und zwar vorwiegend Wärmedämmungsmaßnahmen und Optimierungsmaßnahmen an technischen Anlagen, wie z.B. die Umstellung der Heizenergieerzeugung auf Heiz-Kraft-Koppelung. Die Mittel waren bisher bei Titel 519 20 veranschlagt.

519 22 Maßnahmen zur Sanierung umwelt- und gesundheitsschädlicher Bauteile in landeseigenen Liegenschaften

Ansatz 1996 :	36.100.000,- DM
Entwurf 1997 :	50.000.000,- DM
Ist 1995 :	29.700.000,- DM

Die Ausgaben dieses Titels dienen vor allem der Asbest-, FCKW- und PCB-Entsorgung. Der Ansatz wurden gegenüber 1996 deutlich - um 13,9 Mio. DM - angehoben, um insbeson-

dere den gesetzlich vorgeschriebenen Entsorgungsfristen nachkommen zu können. So müssen z.B. PCB-haltige Kleinkondensatoren nach der Gefahrstoffverordnung vom 26.10.1993 bis zum 31.12.1999 entsorgt sein. Dabei müssen teilweise die gesamten Leuchten ausgetauscht werden, wenn dies in Einzelfällen sinnvoll ist. Letztlich wird dies zu nicht unerheblichen Energieeinsparungen mit Auswirkungen auf die Ansätze der Titel 517 10 (Bewirtschaftung der Grundstücke) führen.

Die Mehrausgaben werden aus Titel 519 20 umgesetzt.

519 23 Maßnahmen zur Sanierung der Abwasserkanalisation in landeseigenen Liegenschaften

Ansatz 1996 :	22.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	25.000.000,- DM
Ist 1995 :	21.258.000,- DM

Aufgrund der Auflagen der Wasserbehörden und im Rahmen des Umweltschutzes müssen aufgrund der seit 1989 durchgeführten Erhebungen ca. 50 v.H. der landeseigenen Abwasserkanäle instandgesetzt werden. Die Sanierungskosten werden auf ca. 300 Mio. DM geschätzt. Da ein Unterlassen der notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen zu erheblichen umweltbelastenden Schäden durch Verunreinigung des Grundwassers führen kann, ist der Ansatz 1997 zu Lasten der Ausgaben bei Titel 519 20 erhöht worden.

519 30 (neu) - Grundinstandsetzung von landeseigenen Kirchen und Patronatsbauten

Ansatz 1996 :	-, - DM
Entwurf 1997 :	6.500.000,- DM
Ist 1995 :	-, - DM

Die Grundinstandsetzung der 41 landeseigenen Kirchen und der 163 Patronatsbauten ist zur Verhinderung eines deutlichen Substanz- und Bestandsverlustes und zur Erhaltung zum Teil historischer und dem Denkmalschutz unterliegender Anlagen erforderlich. Was die Patronate angeht, besteht aufgrund des Reichsdeputationshauptbeschlusses von 1803 eine rechtliche Verpflichtung zur Bauunterhaltung.

Die Ausgaben wurden aus Titel 519 20 umgesetzt.

526 10 Kosten für bautechnische Sachverständige und Gutachter

Ansatz 1996 :	1.200.000,- DM
Entwurf 1997 :	1.200.000,- DM
Ist 1995 :	1.464.000,- DM

Diese Ausgaben sind für baufachliche Gutachten im Rahmen der Bauunterhaltung zur Feststellung der Instandsetzungsnotwendigkeit bestimmt. Dies bezieht sich auf die Kontrolle von Tragwerken, Tragankern (Fassaden), Abhängungen (Decken), Bewehrungsanlagen und Baustoffqualitäten.

545 00 (neu) - Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen

Ansatz 1996 :	1.646.600,- DM
Entwurf 1997 :	290.600,- DM
Ist 1995 :	452.100,- DM

Aus Gründen der Sicherheit für die Betroffenen werden diese Ausgaben nunmehr hier zentral veranschlagt.

Für 1997 sind im wesentlichen die Miet- und Wartungskosten für Alarm- und Notrufanlagen ausgewiesen.

711 10 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz 1996 :	63.650.000,- DM
Entwurf 1997 :	60.650.000,- DM
Ist 1995 :	61.861.600,- DM

Die Ausgaben für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten mit Gesamtkosten bis zur Höhe von jetzt 2,0 Mio. DM im Einzelfall werden von den Ressorts jährlich neu angemeldet. Die Erhöhung von 750.000 DM auf 2,0 Mio. DM dient einerseits der Anpassung an die entsprechenden Richtlinien des Bundes, andererseits entspricht dies einer Empfehlung aus dem Organisationsgutachten über die Staatliche Bauverwaltung.

**711 12 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsmaßnahmen im Zusammenhang mit
zusätzlichen ADV-Maßnahmen**

Ansatz 1996	10.000.000,- DM
Entwurf 1997	6.000.000,- DM
Ist 1995	7.168.700,- DM

Im Zusammenhang mit zusätzlichen ADV-Maßnahmen werden auch Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsmaßnahmen erforderlich, die zentral aus diesem Titel gezahlt werden.

711 13 Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Ansatz 1996 :	8.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	8.000.000,- DM
Ist 1995 :	-, - DM

Wegen zahlreicher besonderer Vorkommnisse in der Vergangenheit in Gerichtsgebäuden wurde ein Programm für bauliche Sicherheitsmaßnahmen für besonders sensible Bereiche in Gebäuden der Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt. Bis Ende 1998 sollen diese in Zusammenarbeit mit der Polizei für notwendig befundenen Baumaßnahmen abgeschlossen werden.

711 20 Sanierung von Forstdienstgehöften

Ansatz 1996 :	1.800.000,- DM
Entwurf 1997 :	1.800.000,- DM
Ist 1995 :	1.206.500,- DM

Die Ausgaben sind für die Grunderneuerung der Forstdienstgehöfte zur Anpassung an den rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Standard sowie an die geänderten organisatorischen Gegebenheiten (Auswirkungen der Organisationsuntersuchung) vorgesehen.

711 50 Grunderneuerung von Altkliniken und Schwesternwohnhäusern einschließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen

Ansatz 1996 :	56.000.000,- DM
Entwurf 1997 :	42.000.000,- DM
Ist 1995 :	39.707.800,- DM

Die Grunderneuerung der Altkliniken und Schwesternwohnhäuser erfordert Ausgaben für die Herrichtung und Anpassung an den rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Standard sowie zur Erfüllung der Auflagen der Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Bauaufsicht. Die Ausgaben sind im wesentlichen bundesmitfinanzierungsfähig.

14 Mio. DM wurden zum Titel 711 51 (neu) umgesetzt.

711 51 (neu) - Grunderneuerung von Natur- und Ingenieurwissenschaftlichen Hochschulen

Ansatz 1996 :	-,- DM
Entwurf 1997 :	14.000.000,- DM
Ist 1995 :	-,- DM

Veranschlagt sind die Ausgaben für Umbauten im Gebäudebestand, Sanierungs- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung von Erneuerung und Ergänzung technischer Anlagen der mehr als 20, teilweise sogar über 100 Jahre alten Gebäude. Die besonders intensive Nutzung dieser Bauten als Folge der Überlastung der Hochschulen wirkt sich hier aus. Dies gilt auch insbesondere für Gebäude mit hohem Technikanteil. Hier zeigt sich Verschleiß bei raumluftechnischen Anlagen, im Sanitärbereich und der Medienzuführung. Auch die Ausgaben dieses neuen Titels sind im wesentlichen, d.h. bis auf den reinen Bauunterhaltungsanteil von 9,5 v.H., bundesmitfinanzierungsfähig.

711 52 (neu) - Grunderneuerung von Altbauten der Justizvollzugsanstalten einschließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen

Ansatz 1996 :	-,- DM
Entwurf 1997 :	10.000.000,- DM
Ist 1995 :	-,- DM

Für die Grunderneuerung von Altbauten der Justizvollzugsanstalten sind zur Verhinderung eines deutlichen Substanz- und Bestandsverlustes und damit zur Erhaltung der Nutzungs- und Funktionsfähigkeit der Anstalten Baumaßnahmen dringend erforderlich. Hierzu hat die Vollzugskommission des Rechtsausschusses des Landtags mehrfach Empfehlungen gegeben. Auch die Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen gaben in der Vergangenheit Hinweise, aus Sicherheitsgründen Baumaßnahmen durchzuführen.

Titelgruppe 71 (neu) - Programm zum rationellen Energieeinsatz in landeseigenen Gebäuden

519 71 (neu) Rationeller Energieeinsatz in landeseigenen Gebäuden und Räumen

Ansatz 1996 :	-,- DM
Entwurf 1997 :	7.000.000,- DM
Ist 1995 :	-,- DM

Das Land (MBW / MWMTV) fördert mit seinen REN-Programmen aus den Epl. 14 und 08 den Einsatz erneuerbarer Energien. Diese Programme stehen jedoch für Landesbauten nicht zur Verfügung.

Mit diesem neuen Programm sollen daher auch landeseigene Dienstgebäude einbezogen werden, so z.B. durch die Nutzung der Sonnen- und Windenergie.

799 71 (neu) - Rationeller Energieeinsatz bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz 1996 :	-,- DM
Entwurf 1997 :	8.000.000,- DM
Ist 1995 :	-,- DM

Die Ausgaben sind sowohl für Einzelmaßnahmen wie auch als Verstärkungsmittel für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Rahmen eines „REN-Programms“ für Landesbauten vorgesehen.

III. Im Übrigen wird bemerkt:

Trotz der finanzpolitisch äußerst schwierigen Situation im Jahre 1997 wurden die Haushaltsmittel für die Großen Bauunterhaltungsarbeiten und die Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im wesentlichen fortgeschrieben. Dabei ist der Landesregierung bewußt, daß der notwendige Mittelbedarf weitaus höher ist. Der entstandene Sanierungsstau kann allerdings im Hinblick auf die Konsolidierungsnotwendigkeiten auch in den nächsten Jahren nur schrittweise abgebaut werden. Während ein Teil der Bauunterhaltungsmittel für Sofortmaßnahmen und regelmäßige Instandsetzungen eingesetzt wird, erfolgt eine geplante Anpassung der baulichen und technischen Anlagen an den Stand der Technik und die moderne Nutzung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen, die auf der Grundlage der Anmeldungen durch die Staatlichen Bauämter im Einvernehmen mit den nutzenden Ressorts realisiert werden.

Alle Großen Bauunterhaltungsmaßnahmen werden in mit den Nutzerressorts abgestimmten Maßnahmenkatalogen erfaßt, die jährlich neu vereinbart werden. So wird trotz der engen Haushaltssituation der Baubestand im Rahmen des Möglichen schrittweise saniert. Zur Zeit werden für mehr als 10 v.H. der landeseigenen Gebäude im Rahmen dieser Schwerpunktprogramme mit einem jährlichen Aufwand von etwa 400 Mio. DM größere Maßnahmen durchgeführt.

Für die zur Zeit durchgeführten und geplanten Maßnahmen werden insgesamt mehr als 3 Mrd. DM benötigt.

Der Bedarf für die Bauunterhaltungsausgaben wird jährlich durch Baubegehungen und Prüfungen vor Ort neu festgestellt. Danach werden die Maßnahmen in der Reihenfolge der Dringlichkeit aufgelistet, und zwar nach den Kriterien:

- Gefahrenabwehr,
- Funktionserhaltung,
- Substanzerhaltung,
- Schönheitsreparaturen

und entsprechend den bereitgestellten Ausgaben nach der Rangfolge abgearbeitet.

Die besondere Belastung des Landeshaushalts erfordert eine Streckung und Zurückstellung weniger dringlicher Maßnahmen.

Die Landesregierung ist auch weiterhin bemüht, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die erforderlichen Baumittel bereitzustellen, um eine zunehmende Verschlechterung des baulichen Zustandes landeseigener Liegenschaften zu verhindern und um die erforderliche Anpassung an technische und rechtliche Vorschriften durchführen zu können.